

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, portofrei zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. (inkl. Postgebühren) Unter Kreuzband für Preußen, Danzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Rumänien 20.- M., für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Preußen, Schweden und die Schweiz.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# MORNING

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 28. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaktionsabteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:  
Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 6.- M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 2.- M. (zulässig zwei fertige Blätter). Jedes weitere Blatt 1.- M. Stellengröße und Schließstellenanzeigen das erste Blatt 1.- M., jedes weitere Blatt 60 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 250 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

## Die Vereinbarungen mit Bayern.

### Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. — Neue Verordnung des Reichspräsidenten.

München, 27. September. (M.B.) Vor Eröffnung der Sitzung des Verfassungsausschusses wurde dem Ausschuss eine Vorlage der Regierung unterbreitet, die folgenden Wortlaut hat:

Am 24. September 1921 fanden in Berlin zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Innern einerseits und dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Minister des Innern andererseits neuerliche Verhandlungen wegen der Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 betr. den sogenannten Ausnahmezustand in Bayern statt. Die Verhandlungen wurden bayerischerseits auf der Grundlage des Beschlusses des Ständigen Landtagsausschusses vom 11. September 1921 geführt. Vorbehaltlich der Zustimmung des bayerischen Gesamtministeriums und des bayerischen Landtags wurde vereinbart:

1. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 werden zurückgenommen und durch eine neue Verordnung ersetzt. Die neue Verordnung soll die aus dem Entwurf, der gleichzeitig dem Landtag vorgelegt wird, ersichtliche Fassung erhalten und spätestens am 29. September 1921 erlassen werden.

2. Die bayerische Staatsregierung wird die Verordnung über den Ausnahmezustand spätestens am 6. Oktober 1921 mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 außer Kraft setzen.

3. Die Zustimmung des bayerischen Gesamtministeriums und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtags zu dem vereinbarten Entwurf der neuen Reichsverordnung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird dem Reichskanzler rechtzeitig zum 28. September 1921 mitgeteilt werden.

4. Zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung besteht Übereinstimmung darüber, daß die Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzug auch weiterhin einstweilige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinausgehen. Die Reichsregierung wird solchen Maßnahmen gegenüber eine loyale Haltung einnehmen.

5. Die bayerischen Volksgerichte stehen mit dem auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung gestützten bayerischen Ausnahmezustand nicht in Zusammenhang und werden daher durch die hierüber geführten Verhandlungen nicht berührt.

Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September 1921 zugestimmt. Der Vorlage der Regierung ist der Entwurf der Verordnung des Reichspräsidenten, wie er aus den Vereinbarungen hervorgeht, beigelegt. Die Änderungen beziehen sich auf die §§ 1, 4 und 7. § 1 hat die Abänderung erfahren, daß statt der Worte „Vertreter der republikanisch-demokratischen Verfassung“ gesagt worden ist: „Personen des öffentlichen Lebens.“ § 4 lautet in der neuen Fassung:

Zuständig für Verbote nach den §§ 1 und 3 und für Beschlagnahmen nach § 2 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausdruck eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach dem Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des im § 7 vorgesehenen Ausschusses an. Entschidet sich der Ausschuss für das Verbot oder die Beschlagnahme, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen. § 7 lautet in der neuen Fassung:

Gegen ein Verbot nach den §§ 1 und 3 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzulegen. Diese kann ihr außer im Falle des § 4 Absatz 2 abhelfen. Andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich vorzulegen. Der Reichsrat wählt die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter aus seiner Mitte. Der Ausschuss entscheidet in der Besetzung von sieben Mitgliedern, die nach eigener freier Überzeugung erkennen. Den Vorsitz führt ohne Stimmrecht der Reichsminister des Innern oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter. Wird Beschwerde erhoben gegen Verbote oder Beschlagnahmen, die auf Grund einer Entscheidung des Ausschusses gemäß § 4 Absatz 2 erlassen sind, so dürfen diejenigen Ausschussmitglieder, die an dieser Entscheidung mitgewirkt haben, an der Entscheidung über die Beschwerde nicht teilnehmen.

Zu der Vorlage der Regierung hat Abg. Dr. Wohlmuth (Bayern), der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuss wolle beschließen, der Vollversammlung zu empfehlen, es sei gegen die Vereinbarung der bayerischen Staatsregierung vom 24. September 1921 keine Erinnerung zu erheben. Was jedoch den Zeitpunkt der Aufhebung des bestehenden bayerischen Ausnahmezustandes anlangt, so wolle es dem pflichtgemäßen Ermessen der bayerischen Staatsregierung überlassen, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachtet.

Vorsitzender Dr. Wohlmuth bemerkte einleitend, es handle sich nicht darum, ob der Ausschuss den Vereinbarungen zustimmen solle oder nicht. Er habe lediglich zu entscheiden, ob die Staats-

regierung ermächtigt werden soll, die Vereinbarung endgültig abzuschließen. An sich wäre die Entscheidung des Plenums notwendig. Die Reichsregierung ist aber mit der Zustimmung des Verfassungsausschusses zufrieden.

Ministerpräsident Graf Berchthold: Es ist einer der Programmpunkte, zu versuchen, die zwischen Reichsregierung und der bayerischen Regierung seit längerer Zeit aus Anlaß der Verordnung des Reichspräsidenten bestehende Spannung auf dem Wege von Verhandlungen, wenn möglich, zu beseitigen.

Es war auch tatsächlich eine meiner ersten Amtshandlungen, nach Berlin zu fahren und dort mit dem Reichskanzler zu verhandeln. Wir sind auf Grund zweimaliger Rücksprache zu dem heute vorliegenden Ergebnis gekommen.

Darauf erstattet Minister Dr. Schwegler den juristischen Bericht über die Verhandlungen.

Dr. Schwegler führte u. a. aus: In der Verordnung des Reichspräsidenten erblickten wir eine besondere Spitze gegen Bayern, weil hier schon ein Ausnahmezustand bestand, der weiter ging als die Verordnung. Die Verordnung stellte einen für Bayern unerträglichen Eingriff in die polizeiliche Landeshoheit dar. Die daraufhin eingeleiteten Verhandlungen hatten den Zweck, die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes über den Kopf Bayerns hinweg zu verhindern. Dieser Zweck wurde erreicht. Die weiteren Verhandlungen sind bekannt. Für die letzte Aussprache in Berlin waren die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses Richtschnur. Wir haben verlangt, daß unsere erste Fassung gewählt wird, da sie besser dem föderativen Prinzip entspricht. Die Reichsregierung erklärte diese Fassung für unannehmbar. Das Reichskabinett habe einstimmig einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Ich finde die neue Fassung, auf die wir uns einigten, annehmbar, da der Reichsminister des Innern aus dem weiteren Verlauf der Dinge auszuschalten ist und lediglich ein Ersuchen an die Landesregierung richten kann. Alles andere vollzieht sich durch die Landeszentralbehörde und den Reichsratsausschuß.

In der Abstimmung wurde der Antrag der bayerischen Volkspartei mit 14 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der darin enthaltene Satz über die Aufhebung des Belagerungszustandes wurde in der Aussprache von den Antragstellern dahin interpretiert, daß damit lediglich die Verantwortung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes der bayerischen Regierung zugeschoben werde. Darauf wurden die Anträge der Regierung mit allen gegen 5 Stimmen der bayerischen Mittelpartei und USP. angenommen.

## Hilfe für Oppau.

### Forderungen des ADGB. und des Afa-Bundes.

Der ADGB. und der Afa-Bund geben zu der Hilfsaktion für Oppau folgende gemeinsame Stellungnahme bekannt:

Die erschütternde Katastrophe von Oppau, hervorgerufen durch die Entzündung bedeutender Massen explosibler Stoffe in unmittelbarer Nähe einer Ortschaft und inmitten Tausender von Beschäftigten, weist gebieterisch auf die Notwendigkeit des sofortigen Eingreifens der Gesetzgebung hin. Einmal müssen die durch die Katastrophe als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden, unbeschadet der mit allem Nachdruck durchzuführenden Ermittlung über schuldhaft oder fahrlässige Verstöße. Die bestehenden, völlig ungenügenden Unfallentschädigungsbestimmungen, und zwar sowohl an Sach- wie an Leibschäden, machen die sofortige Inangriffnahme einer Reform des geltenden Rechts, insbesondere der Unfallversicherung der RBO. notwendig.

Zur sofortigen Binderung der entstandenen Notlage ist durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Geldentwertung Rechnung tragende Entschädigung der von dem Unglück Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen zu zahlen ist. Bis zur endgültigen Festsetzung der Entschädigungssummen sind Auszahlungen in angemessener Höhe zu leisten. Zur Deckung der zu leistenden Entschädigungssummen sind die mit dem Oppauer Werk verbundenen Industrie-Konzerne in stärkstem Maße heranzuziehen.

## Die Vorgänge in Höchst.

Frankfurt a. M., 27. September. (M.B.) Der Fabrikarbeiterverband hat mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution gefaßt, in der das Vorgehen unverantwortlicher Elemente in den Werken Höchst, Griesheim und Rastbach abgelehnt wird, da derartige Maßnahmen im Gegensatz zu den vertraglichen Bestimmungen stehen. Weiter werden die Maßnahmen der Unternehmerorganisationen bedauert, da vorher nicht der Versuch einer Verständigung mit den Arbeiterorganisationen gemacht worden ist. Wiederaufnahme der Arbeit ist im Gange. Die Hanauer Fabrik von Dunlop hat geschlossen, weil die Arbeiterschaft wegen Lohnforderdifferenzen passive Resistenz übte. Im übrigen seien die Verhandlungen zur Wiederaufnahme des Betriebs im vollen Gange. Das Werk ist durch Schutzpolizei besetzt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat den Reichstagsabgeordneten Landgerichtsdirektor Marx zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

## Steuerverschleppung.

Von Wilhelm Reil.

Als der Reichstag anfangs Juli auseinanderging, wurde vereinbart, daß er am 6. September wieder zusammenzutreten solle, um die Steuervorlagen, die ihm vor diesem Termin unterbreitet werden sollten, einer ersten Beratung zu unterziehen. Man schätzte diese Beratung nur auf wenige Tage. Darauf sollte der Ausschussarbeit einige Wochen Zeit gelassen werden. Die Vollversammlung sollte im Oktober ihre Sitzungen wieder aufnehmen, sofort die Ausschussberichte über die Steuervorlagen entgegennehmen und die Steuern so rasch wie möglich verabschieden.

Dieses Programm, das einem Gebote dringender Notwendigkeit entsprach, ist nicht zur Ausführung gelangt. Ende August wurde öffentlich mitgeteilt, die Vorarbeiten seien noch so weit im Rückstand, daß die Steuergesetzentwürfe vor dem letzten Septemberdrittel beim Reichstag nicht eingebracht werden könnten. Der Zusammentritt des Reichstags wurde auf den 27. September verschoben. Dann aber sollte mit Hochdruck an die Arbeit gegangen werden. Nun kommen die Reichsboten am 27. September zusammen, um zu erfahren, daß es mit der Einbringung der Steuervorlagen beim Reichstag immer noch gute Weile hat. Sie werden wieder heimgeschickt, die Frist für die Fertigstellung der Steuerentwürfe wird bis zum 26. Oktober verlängert.

Wem immer die Hauptschuld für diese Verschleppung der dringlichsten Aufgabe der Gegenwart treffen mag: es muß festgestellt werden, daß die Verschleppung verhängnisvolle Folgen nach sich zieht. Das Vertrauen in den ehrlichen Willen Deutschlands, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, wird durch die Verzögerung der Steuergesetzgebung wahrlich nicht gestärkt.

Der Fehlbetrag des Reichshaushalts wächst nicht nur in dem Maße, in dem die Zeitspanne seines Fortbestehens sich verlängert, er wächst in geometrischer Progression. Da das Vorhandensein des Fehlbetrags Vermehrung der schwebenden Schuld und des Papiergeldumlaufs, zunehmende Geldentwertung d. h. Teuerung und weiteres Sinken des Marktkurses bewirkt, so steigt die Summe des Fehlbetrags mit jedem folgenden Monat in einem die Steigerung im vorhergehenden Monat übertreffenden Grade. Aus diesem Grunde war es schon überaus bedauerlich, daß das Kabinett Fehrenbach die Vorbereitung für eine starke Vermehrung der Reichseinnahmen nicht so rechtzeitig getroffen hatte, daß die Erschließung alsbald nach Festsetzung unserer Reparationsschuld erfolgen konnte. Zum mindesten für die Deckung des inneren Etats hätte Vorrat getroffen werden müssen. Denn daß uns niemand die Mittel schenken würde zur Bestreitung unseres eigenen Bedarfs, war doch wohl jedermann klar. Aber nicht einmal dies geschah. In den Reichshaushaltsplan für 1921 waren zwar zur Deckung des ordentlichen Bedarfs 4,2 Milliarden Mark Einnahmen aus neu zu bewilligenden Steuern eingestellt. Die konkreten Vorschläge zur Beschaffung dieser Einnahme beschränkten sich indes auf die Veriefenbarung der Zuckersteuer, die auch bei sofortiger Annahme noch nicht eine Milliarde pro Jahr an Mehreinnahmen gebracht hätte. Es würden also im ordentlichen Etat auch im günstigsten Falle noch 3,2 Milliarden gefehlt haben. Der außerordentliche Etat aber wies, auch wenn man den auf die Reparationsverpflichtungen entfallenden Teil ausfähied, noch einen Abmangel von mehr als 30 Milliarden auf. Hierfür fehlte es an jedem Deckungsvorschlag.

Wenn sich schließlich dafür, die Steuervorschläge nicht vor der endgültigen Festsetzung der Reparationslast zur Beratung zu stellen, noch Gründe beibringen ließen, so hätten sie doch sofort nach Annahme des Ultimatums vorgelegt werden müssen. Es waren aber keinerlei Vorschläge vorbereitet, nicht für die Deckung des inneren Etats, geschweige denn für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, obgleich das Kabinett Fehrenbach doch in London ein Leistungsangebot gemacht und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erklärt hatte, sich jeder von ihm zu treffenden schiedsrichterlichen Entscheidung über die Verpflichtungen Deutschlands unterwerfen zu wollen.

Man mußte uns zu, die Zuckersteuer gesondert in Beratung zu nehmen und zu verabschieden, dachte aber nicht daran, die nächstliegenden Besteuerungen straff anzuspannen. Mit einigen Federstrichen hätten sich z. B. die Börsensteuern mit sofortiger Wirkung sehr beträchtlich steigern und ausgestalten lassen. Aus Angst vor dem Widerstreit der Interessenten, die im Reichstag sehr gewichtige Wortführer haben, unterließ es. So stand die Finanzverwaltung nach der Annahme des Ultimatums mit leeren Händen da. Wären jetzt sofort die Maßnahmen, die bis dahin vorbereitet werden konnten und pflichtgemäß vorbereitet werden mußten, ergriffen worden, so hätte der Kurs der deutschen Mark im Auslande trotz der Devisenhypothek nicht den katastrophalen Sturz erlebt, der sich in den letzten Wochen ereignet hat.

Als dann endlich die Vorarbeiten für die sogenannte Reparationssteuergesetzgebung begannen, gingen die Fachmänner

des Finanzministeriums wieder die alten ausgefahrenen Wege, stellten erkünstelte Berechnungen über die Mischung von Besitz- und Verbrauchsteuern an, misachteten die ihre Zwecke konterkarierenden Wirkungen der großen Konsumsteuern, brachten Besitzsteuervorschläge, die in der entscheidenden nächsten Zukunft keine Erträge bringen, lehnten es in langem Streit mit den Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums ab, „Experimente“ zur Erfassung der Sachvermögen zu machen, und kamen mit ihren Vorschlägen so spät heraus, daß sie jetzt noch nicht dem Reichstag vorliegen.

Man macht den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat für die Verzögerung verantwortlich. Nun ist es sicherlich wahr, daß die Gesetzesvorbereitung durch die Häufung der beteiligten Instanzen heute zeitraubender ist, als unterm alten Regime. Und wenn der Reichsrat sogar den Anspruch erhebt, die Gutachten des Reichswirtschaftsrats für seine Beratungen zu verwenden, also seine Arbeiten immer erst zu beginnen, wenn der Reichswirtschaftsrat seine Beratungen abgeschlossen hat, und wenn der Reichsrat ferner für die Beratung einer wichtigeren Vorlage eine längere Frist verlangt, so kann das allerdings zu großen Verschleppungen führen. Aber wir wollten einmal sehen, ob die beiden Zwischeninstanzen nicht zu beschleunigter Arbeit zu veranlassen wären, wenn das Reichsfinanzministerium rechtzeitig mit einem kompletten Programm auf den Plan trat und erklärte: von der beschleunigten Durchführung dieses Programms hängt die Zukunft unseres Volkes ab.

Wir zahlen heute für einen Dollar 125 M. Der Zusammenbruch unserer Währung ist zum Teil auf die Verschleppung der Steuererhebung zurückzuführen. Es steht zu befürchten, daß in vier Wochen, wenn dann endlich die Steuererhebung beim Reichstag eintreffen, 180 oder 200 M. für den Dollar bezahlt werden müssen. Welche Rückwirkungen das auf unsere Reparationslast und auf die innere Preisentwicklung haben wird, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Mit dem Sinken der Mark steigen die Preise und steigt die Entwertung festverzinslicher Papiervermögen. Die Kosten tragen die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die verhungerten Invaliden der Arbeit und des Krieges und die in derselben Lage befindlichen Kleintrentner. Die Ruhmstempel der Währungszerstörung, die Besitzer der Sachvermögen, deren Einkommen in dem Maße steigt, in dem der Markkurs sinkt, mögen sich über die Verschleppung der Finanzgesetzgebung vergnügen die Hände reiben. Nur dürfen sie sich nicht dem Irrtum hingeben, daß sie nichts zu befürchten hätten, wenn wir eines Tages finanzpolitisch auf der Stufe Bolens oder gar Moskows angelangt sein werden. Vielleicht kann der Weiterentwicklung unserer Finanzverhältnisse in dieser Richtung noch vorgebeugt werden. Aber nur, wenn endlich Dampf hinter die Vorbereitung der Steuererhebung gemacht wird und wenn die Steuervorschläge so geartet sind, daß sie das Defizit beseitigen, statt es zu vergrößern.

## Schwester ade!!

Der gestrige Leitartikel des „Vorwärts“ gab der Presse Anlaß zu ausführlichen Kommentaren. Angesichts der drohenden Trennung der Deutschen Volkspartei von der Rechten regen sich im Busen der „Kreuzzeitung“ zärtliche Gefühle, und, eine Träne im Auge zerdrückend, schreibt sie:

Die Deutsche Volkspartei soll also endgültig mit der bisherigen Schwesterpartei brechen. Hollarung der Deutschnationalen, das ist das Hauptziel dieser Politik, die sich aus der Erkenntnis erklärt, daß der nationale Gedanke immer mehr im deutschen Volke an Macht gewinnt. Dr. Stresemann und seine Mitarbeiter werden es also nicht leicht haben, eine Verhandlungsbasis zu finden, wenn sie nicht eine glatte Kapitulation, die freilich nicht ohne gewisse Rückwirkungen bleiben dürfte, vorziehen sollten.

Umgekehrt meint die „Freiheit“ in einer Polemik gegen unsere Ausführungen, durch den Görlicher Beschluß werde der sozialdemokratische Einfluß in der Regierung geschwächt, die

## Die Wachtparade.

Von Hans Wesemann.

Mittags unter den Linden. Auf den Fußsteigen drängt sich eine geschäftige Menge. Ueber den Fahrdamm schießen mit grellen Hüpen und klingeln Autos, Räder und Wagen.

Da plötzlich schmetternde Militärmusik. Durchs Brandenburger Tor zieht die Ablosung. Voran der Kapellmeister mit prachtvoll aufgedrehtem Schnurrbart. Dann, pfeifend und hieselnd, daß alle Späßen erschredt aufstehen und die Drohschlingel zusammenfahren, die Kapelle. Hinterher ein Reutnant und seine Kompagnie. Sehr stramm. Sehr königlich. Sehr forsch. Ein wirklich sehenswertes Schauspiel. Ganz so, wie es Villenron beschrieb hat.

Das Publikum freut sich. Neben mir steht ein dicker Mann, an seiner Uhrkette hängen ein Glücksschwein und ein Hakenkreuz. Auch sonst sieht er so aus, als ob er Abnehmer der „Deutschen Zeitung“ ist.

Er ist restlos begeistert und suchte in bedingender Weise mit seinem Stocke. „Adolf“, sagt er zu seinem Jungen, „wenn du groß bist, wählst du dann auch so feste druff, egal vorwärts für König und Vaterland?“

Adolf nickt und bohrt festig in der Nase. „Ach wie wunderschön, beinahe wie früher“, meint anerkennend die elegante Dame und sieht nach dem Neutnant hin.

„Famose Sache, aber unsere Jugendkompagnie ist auch nicht ohne“, lautet das Urteil zweier Gymnasialisten. Dann sehen sie sich in Trab und rennen fast den Kriegsblinden um, der zögernd seinen Weg sucht.

„Wenn ich dran denke: meine beiden Jungs tot, nu' sehe ich da...“ sagt der alte Drehschleifer halb laut zu seinem Kollegen. Man kann ihn nicht ganz verstehen, die Musik ist zu laut.

Der Zeitschriftenleser der Staatsbibliothek. Von der Verwaltung der Staatsbibliothek geht uns folgendes Schreiben zu: Auf die sehr verständigen Ausführungen in Nr. 444 des „Vorwärts“ ist folgendes zu erwidern: Es ist richtig, daß wegen des ungünstigen Standes der Markwaluta eine große Anzahl ausländischer Zeitschriften zurzeit nicht mehr gehalten werden können, so daß die hohe Auslageziffer von über 2000 Zeitschriften im Lesesaal nicht beibehalten wurde. Die Bücher wurden aber aus dem Grunde noch nicht wieder mit neuen Zeitschriften belief, weil mit Hilfe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Schritte getan sind, diese zurzeit fehlenden Zeitschriften wieder zu erlangen.

Im Zustand wie bei uns gibt es eine größere Anzahl Zeitschriften, die wegen der Zeitverhältnisse und der hohen Herstellungskosten nur langsam und unregelmäßig weiter erscheinen. Da diese Zeitschriften jedoch nicht eingegangen sind, liegen öfter noch Heftchen vom vorigen Jahre aus, weil auf das „in nächster Zeit“ zu erscheinende Fortsetzungsheft eben gewartet wird.

Sozialdemokraten hätten sich in Görlich selbst an die Wand pressen lassen.

Das sind, wie man sieht, verschiedene taktische Auffassungen, und die Zukunft wird zeigen, wer recht hat. Einstweilen können wir versichern, daß es nicht unsere Absicht ist, unseren Einfluß schwächen und uns an die Wand pressen zu lassen. Eine Lehre aber könnte man auf der sozialistischen Linken aus der Geschichte ziehen, nämlich daß man wegen Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen nicht gleich Scheidebriefe schreiben soll.

## Zwei „vereinigte“ kommunistische Fraktionen

Wie die BPR. hören, haben sich die bisherigen Reichstagsabgeordneten der KPD. Leoni, Malzahn, Reich, Düwelle, Geyer jr., Marie Wackwitz, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann im Reichstag zu einer eigenen Gruppe, der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte der Beginn zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will.

Wir haben nun im Reichstag kommunistische Fraktion Nr. 1 und kommunistische Fraktion Nr. 2. Die Leuten zählen 8 Mann, die Moskowiter etwa das Doppelte. Zwischen beiden Fraktionen dürfte jetzt ein Prozeß darum entbrennen, welche berechtigt ist, den Namen „Vereinigte KPD.“ zu führen.

## Schupo ist zu militärisch.

Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission General Kollat hat an das Auswärtige Amt nachstehende Note gerichtet:

Nach dem Schreiben der MRA. vom 12. Mai mußte die Durchführung der auf die Polizei bezüglichen Bestimmungen der Note von London bis zum 15. Juni beendet sein.

Es ergibt sich nun aber aus den Feststellungen der Kontrollorgane nach dem Stande vom 1. September, daß bei einem Teil jener Bestimmungen noch nicht einmal mit der Durchführung begonnen ist.

Hinsichtlich der Organisation ist keinerlei Veränderung an der

### Zentralisation der Verwaltung

vorgenommen, obwohl die Pariser Note ausdrücklich jede Zentralisation „auf irgendeiner Stufe oder in irgendeiner Weise“ untersagt hat.

Andererseits ist die gegenwärtige Schupo in tatsächlichen Einheiten organisiert, die militärisch eingeteilt, instruiert, ausgerüstet, kaserniert und im Überflusse mit technischem Gerät und Material ausgestattet sind. Sie hat den

### Charakter einer mobilen Streiktruppe

gewahrt. Sie wird von einem Orte des Reichsgebietes nach einem anderen in eigens aufgestellten Einheiten und mit selbständigem Material — ganz wie die Reichsmehr — verlegt.

Die gegenwärtige Polizei hat also aus den in der Note von Boulogne gemachten Zugeländnissen Vorteile gezogen, ohne den Verpflichtungen unterworfen worden zu sein, die als formelle Bedingungen an die zugestandenen Verstärkungen geknüpft worden sind.

Die alliierten Regierungen haben aber einer Vermehrung der Stärken und einer Verbesserung der Bewaffnung der Polizei nur unter der ausdrücklichen Bedingung zugestimmt, daß sie ihren alten Charakter unter

### Ausschluß jeden militärischen Charakters

wahren müsse. Hinsichtlich der Stärken hat die Deutsche Regierung eine allgemeine Verteilung unter die deutschen Länder vorgenommen, die mit den Bestimmungen der Note von Paris übereinstimmt.

Die Schwierigkeiten aller Art jedoch, mit denen die Kontrolle zu kämpfen hatte, haben sie verhindert, festzustellen, ob diese Verteilung von den einzelnen Ländern auch genau innegehalten worden ist.

Uebrigens ist seit der Note von London keine Verminderung der Polizeistärken festgestellt worden, obwohl diese damals die zugelassenen Zahlen überstiegen.

Was

Bei der Auswahl der im Lesesaal ausgelegten Zeitschriften können nur Blätter mit einem größeren Lesers- und Interessentenkreis in Frage kommen, alle Fachblätter spezieller Berufe, deren Zahl in die Laufende geht, müssen notgedrungen ausgefallen bleiben. Sie stehen aber jederzeit zur Verfügung und werden auf Wunsch sofort in den Lesesaal geholt. Der Vorschlag, den Lesesaal, wenn auch nur vorläufig, bis zum Eintreffen der allmählich wieder zu erwerbenden ausländischen Literatur, mit den Fachblättern auszufüllen, läßt sich nicht durchführen, weil über die ausgelegten Hefte ein gedruckter Katalog existiert, der bei vollständiger Umordnung neu gedruckt werden müßte.

Neuerwerbungen des Kupferstichtabineits. Als Geschenk eines englischen Gönners, des Herrn A. V. Richolien in London, verzeichnet das eben erscheinende Heft der Berichte aus den preussischen Kunstsammlungen eine kostbare Neuerwerbung des Berliner Kupferstichtabineits, eine Originalzeichnung Raffaels. Das Blatt, ein Marienkopf, ist für das Berliner Museum eine besonders erfreuliche Bereicherung deswegen, weil das Kaiser-Friedrich-Museum das nach dieser Zeichnung geschaffene Gemälde des Meisters besitzt, die sogenannte Madonna Terranuova. Unter den übrigen Geschenken, die das Kabinett in den letzten Monaten erhielt, ist ein annähernd vollständiges Werk von Steindruckern Daumiers. Von Blättern des Meisters selbst und seiner Zeit, ebenfalls Steindruckern, konnte die Sammlung eine größere Reihe erwerben, verteilt sind darunter u. a. Gericault, Gavarni, Doré, von späteren Künstlern Rops und Segros.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um unsere Leser aufs neue zu häufigeren Besuchen des Kupferstichtabineits anzuregen, das sich im 2. Stockwerk des Neuen Museums befindet. Eine unvergleichlich reichhaltige Sammlung von Handzeichnungen und graphischen Werten alter und neuer Meister sowie zeitgenössischer Künstler liegt dort in Mappen vereint, die dem Besucher auf Wunsch geöffnet werden.

Rußlands neueste Helmschmuck. Einer funktentelegraphischen Meldung aus Moskau zufolge wurden vorigen Sonntag 17 000 Einwohner aus den Samara-Bezirken nach fruchtbareren Gegenden überführt. In Orenburg wächst ständig die Zahl der verzweifelten Eltern, die unfähig ihre Kinder zu ernähren, diese an der Tür der Kinderheime im Stich lassen. In den letzten Tagen wurden nicht weniger als 500 solcher von den Eltern verlassener Kinder auf den Straßen aufgefunden.

Nun haben auch noch, um das Reich des Unglücks voll zu machen, ungeheure Schwärme von Heuschrecken die Läng bestellten Felder im Orenburger Gouvernement völlig verwüstet. Die Heuschreckenschwärme ziehen in dicken schwarzen Wolken mit einer Stundengeschwindigkeit von 20 Kilometern nordwärts und verwüsten unterwegs auch die letzten Spuren des Pflanzenwachstums.

Eine Rosen-Rose. In London findet gegenwärtig eine Rosen-Ausstellung statt, deren größte Schenswürdigkeit eine Tetrose ist, von gigantischer Größe. Ihr Reich mißt nicht weniger als rund 30 Zentimeter in der Tiefe. Die Farben der auf den Namen Lord Lambourne getauften Rose variieren in den Farbönen zwischen Scharlachrot und einem faulen Altgold.

## Die Schulen

anbelangt, so hat sich seit der Note von London ebenfalls keine Veränderung feststellen lassen, weder hinsichtlich ihrer Zahl, noch hinsichtlich ihrer Organisation.

Bei dieser Sachlage beehrt sich die Kommission darum zu erfragen, daß ohne neuen Verzug die notwendigen Veränderungen vorgenommen werden, um die Organisation der Polizei in Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrags und den ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen zu bringen.

Sie verlangt ferner:

- a) daß ihr die Uebersichten der vollständigen Stärken nach Orten überfandt werden, wobei die verschiedenen Kategorien der Polizei auseinanderzuhalten sind,
- b) daß ihr die Listen der kommunalen und staatlichen Polizeischulen nach dem Stande von 1913 und 1921 überfandt werden.

Zur Veröffentlichung dieser Note hat sich die hohe Regierung erst entschlossen, als ihr das „Berl. Tagebl.“ damit vorangegangen war.

## Krise im Untersuchungsausschuß.

Im Preussischen Untersuchungsausschuß über die Märzunruhen ereignete sich am Dienstag ein charakteristisches Nachspiel. Der Verhandlungstag war mit Vernehmungen von Zeugen aus der hessischen Schupo besetzt. Der Polizeimeister Falte, der die Aktion auf Eiseln geleitet hat und der ihm damals beigegebene Zivilkommissar Kunzmann konnten in überzeugender Weise darlegen, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe deutschnationalen Lügenmährchen sind.

Als der Vorsitzende Kuttner bei Schluß der Sitzung nummehr darauf hinwies, daß erst in zwei Wochen wieder dem Ausschuss sühnungsfreie Tage des Plenums für Zeugenvernehmungen zur Verfügung ständen und bereits wieder 18 Zeugen vornotiert wären, stellte ein Mitglied des Zentrums den Antrag, nummehr mit den Zeugenvernehmungen aufzuhören.

Zehn Tage lang habe der Ausschuss Zeugen über die politische Seite des Aufstandes gehört, etwas wesentlich Neues beläme er doch nicht zu hören, die Hauptpunkte seien geklärt, soweit dies möglich sei. Der Abg. Killan (KPD.) widersprach dem Antrag und legte seinerseits einen umfangreichen Beweisantrag über standrechtliche Erschießungen vor, die der Ausschuss unbedingt aufklären müsse. Von sozialdemokratischer Seite wurde durch Abg. Drescher betont, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses gleichfalls die stundenlangen Verhöre einzelner Zeugen über politische Fragen für gänzlich nutzlos und unergiebig hielten, daß aber der Ausschuss über den kommunistischen Antrag nicht einfach hinweggehen könne. Als der Vorsitzende dann zur Abstimmung schreiten wollte, stellte sich heraus, daß die beiden Reichsparteien, die notabene die Einsetzung des Ausschusses beantragt und bewirkt haben, bis auf die Person des Schriftführers nicht vertreten waren. Unter diesen Umständen hielt es der Vorsitzende für angebracht, die Beschlußfassung auszuschieben, um in einer besonderen Sitzung im Laufe der nächsten Woche die Frage der Weiterarbeit endgültig zu entscheiden.

Für den Eingeweihten ist diese Entwicklung nicht überraschend gekommen. Die Verhandlungen des Ausschusses waren bisher, trotz eindringlichster Mahnungen des Vorsitzenden, die vom Zentrum und der Sozialdemokratie lebhaft unterstützt wurden, außerordentlich schleppend. Fast keine Zeugenvernehmung wurde unter 2-3 Stunden beendet, einzelne Zeugen wurden sogar sechs Stunden und darüber verhört, und dabei mußte noch manchmal die Vernehmung unbenutzt abgebrochen werden. Dies lag in der Hauptsache daran, daß die Vertreter der Rechten in dem Bestreben, unter allen Umständen aus dem Untersuchungsausschuß politisches Kapital zu schlagen, geradezu unerschöpflich in der Fragestellung waren, wobei ihnen allerdings auch der Unabhängige Dr. Viehnekt zeitweilig starke Konkurrenz machte. Jede unbedeutende Zeugenfrage suchten sie durch ein Duzend Kreuz- und Querfragen zu erschüttern, belanglose Einzelheiten wurden oft stundenlang bis ins kleinste Detail verfolgt. Diese unerhörte Zeit- und nebenbei auch Geldverschwendung (der Untersuchungsausschuß wird voraussichtlich mehrere hunderttausend Mark kosten) erregte bei den übrigen Parteien wachsenden Unmut. Dem Zentrum, dessen Mitglieder, wie man anerkennen muß, ebenso wie die sozialdemokratischen Mitglieder äußerste Zurückhaltung im Ausschuss geübt haben, wurde immer wieder gesagt, daß man mit solcher Breite Gewissens behandle, während die Gegenwart mit wichtigsten Aufgaben dränge. Die Folge war dann der gestrige Zentrumsantrag, der wohl den Rechtsparteien nun zeigt, daß alle Geduld eine Grenze hat.

Die Wasserkräfte der Welt. In der letzten Jahresversammlung der British Association hielt Prof. Gibson einen Vortrag über die Ausnutzung der Wasserkräfte in der Welt, in dem er einen Uebersicht gab über den Stand der Entwicklung in den verschiedenen Ländern und die zur Verfügung stehenden Wasserkräfte, die noch nicht ausgenutzt sind.

Im ganzen werden die Wasserkräfte der Welt auf 200 Millionen PS. geschätzt, von denen gegenwärtig ungefähr 25 Millionen bereits ausgenutzt werden oder in nächster Zeit zur Verfügung stehen. Großbritannien benützt nur ein Fünftel von seinen 900 000 zur Verfügung stehenden PS., während Deutschland bereits die Hälfte von seiner 1 1/2 Million in Angriff genommen hat. Die Vereinigten Staaten benützen 9,8 von ihren 28 Millionen PS., die sie in ihrem Lande haben, und Kanada etwa 3 von 23 Millionen.

Keine bergige Länder wie Japan, Norwegen und die Schweiz, die einen großen Vorrat an Wasserkraften haben, machen in deren Ausnutzung sehr schnelle Fortschritte. Prof. Gibson wies darauf hin, daß die Hauptgründe für die stärkere Benützung der Wasserkräfte wirtschaftlicher und technischer Natur sind. In ersterer Hinsicht handelt es sich um die Ersparnis von Kohlen, und technisch ist die Ausnutzung der Wasserkräfte erleichtert durch die Entladung der Stromerzeugung und Uebersetzung in großer Entfernung von dem Ort der Industrie. In England hat man zur Förderung dieser Entwicklung die Errichtung eines Lehrstuhles für solche Aufgaben an einer Universität beschlossen.

Die Arbeiter-Kunstaussstellung, Petersburger Str. 39, bereitet eine neue Ausstellung zum 1. Oktober vor. Arbeiter, Diener, Lehrlinge, Bergarbeiter und Bildhauer werden gemeinsam ihre Werke zeigen. Auch Kinderzeichnungen der „Freien Schule“ in Spandau werden ausgestellt. Ab 1. Oktober ist die Ausstellung wieder täglich von 10 Uhr vormittags bis 7 1/2 Uhr abends geöffnet. Neben Donnerstagen und Sonnabenden 7 1/2 Uhr abends Vorträge.

Museumsführungen und Vorträge. In der Regypischen Abteilung (Neues Museum) führt Dr. Schuch an jedem ersten und dritten Donnerstag des Monats um 11 Uhr. Beginn am 6. Oktober. — In der Vaphrosammlung (Neues Museum) hält Prof. Schubert an jedem Sonnabend um 10 Uhr einen Vortrag. Beginn am 1. Oktober. Die amtliche Gebühr für jede Führung und jeden Vortrag beträgt 1 M.

Das gelamte Blätter-Orchester veranstaltet am Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain unter Leitung von Camillo Glöckner einen Richard Wagner-Abend. Karten a 3 M. zu haben: Theaterkass. Vertheim, Singersgäßchen 10, Engeliser, Dreherbureau, Altonaer Str. 76, sowie an der Abendkasse.

Die Technische Hochschule zu Berlin-Charlottenburg ist im vergangenen Sommer von 3740 immatrikulierten Studierenden und 356 sonstigen Hörern besucht worden. In der ersten Zahl sind 22, in der zweiten 24 Frauen einbezogen. Gegenüber dem vorangegangenen Winter, in dem 3798 Studierende immatrikuliert waren, ist wie üblich ein kleiner Rückgang zu verzeichnen.

Georg Schweitzer, der berühmte Forschungsreisende, läßt nach 40jähriger Baurieder ein umfangreiches Reisebuch unter dem Titel „Auf unbetretenen Wegen in Ägypten“ erscheinen. Er schildert darin seine Reisen an der Küste des Roten Meeres, die Auffindung einer vollständig erhaltenen römischen Stadt in der Wüste, den Besuch der Ältesten Höhlen der Welt und anderes mehr. Eine autobiographische Skizze eröffnet das Buch, das im Verlage Hoffmann u. Campe erscheinen wird.

# Um den Oberstadtschulrat.

## 100 000 Mark für Oppau. — Erhöhung der Krankenhauskosten.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung begann mit einer Kundgebung für die Opfer von Oppau. Der vom Oberbürgermeister mitgeteilte Magistratsbeschluss zur Vinderung der Rot 100 000 M. beizusteuern, fand einstimmige Annahme. — Bei dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, dem leitenden Stadtschulrat Paulsen den bereits in der Öffentlichkeit auf ihn angewendeten Titel „Oberstadtschulrat“ zu geben, kam es zu einer Attacke der vereinigten Bürgerlichen gegen Paulsen. Besonders der Demokrat Merien erging sich in heftigen Ausfällen, die offenbar als Agitationsrede für die Stadtverordnetenwahlen gedacht waren, aber Genosse Paulsen blieb den Angreifern die Antwort nicht schuldig. Er schilderte die Hindernisse, die ihm andauernd in den Weg gesetzt werden und ihm die Arbeit erschweren. In seinen eindringlichen Ausführungen machte Paulsen seinerseits der früheren Berliner Schulverwaltung den Vorwurf, daß sie eine keineswegs glänzende Erbschaft hinterlassen hat. Der Antrag, der mehr als einen Streit um einen Titel bedeutet, wurde von den drei Fraktionen der Linken angenommen. — Die leider notwendig gewordene neue Erhöhung der Krankenhauskosten wurde beschlossen. Sie kann gemindert werden durch den gleichfalls angenommenen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, bei einem 20 000 M. nicht übersteigenden Jahreseinkommen des Ehepaars den Kurkostensatz auf die Hälfte zu ermäßigen.

### Sitzungsbericht.

Sofort zu Beginn der heutigen außerordentlichen Sitzung ergriff der Oberbürgermeister Böß das Wort, um des furchtbaren Explosionsunglücks zu gedenken, das die Stadt Ludwigshafen und den Ort Oppau betroffen hat, und die Versammlung zu bitten, die in Erfüllung der auch den deutschen Städten obliegenden Pflicht der Hilfeleistung vom Magistrat eingebrachte Dringlichkeitsvorlage ungehindert ohne Diskussion anzunehmen. Diese Vorlage stellt dem Reichshilfskomitee

100 000 M. zur Verfügung.

Er knüpft daran den herzlichsten und tief empfundenen Ausdruck der Teilnahme der Stadt Berlin und einen Aufruf an die Bürgerschaft, nach Kräften helfend einzutreten. — Vorsteher Dr. Wenzl: Die Vertretung der Bürgerschaft teilt die Auffassung des Oberbürgermeisters. Wir bezeugen den Hinterbliebenen dieser Katastrophe und den Schwerverletzten unsere Sympathie und unser Beileid. Die Sorge für die Opfer solcher Katastrophen ist eine Pflicht des Ganzen. Es handelt sich hier um eine Tragödie der Arbeit, die Unterstützung muß ein Rechtsanspruch, kein Almosen sein, sie muß gesetzlich geregelt und dabei auch die Städtischer Industrie in erster Linie herangezogen werden. Darüber hinaus haben gewiss die Städte in erster Reihe die Pflicht, sich der Notleidenden anzunehmen; Berlin geht auch hier wie immer voran.

Die Versammlung gibt hierauf ohne Debatte der Magistratsvorlage einstimmig die Zustimmung.

Ein von den U. Soz. eingebrachter Dringlichkeitsantrag betr. eine Aktion gegen die Schundliteratur findet auf der Rechten Widerspruch. (Stimmliches hört, hört! links.) Die Beratung des Antrags muß vertagt werden. Ohne Widerspruch dagegen bleibt ein Antrag Gabel (Komm.), der darauf hinausgeht, den

### Altpensionären und Ruhegeldempfängern

angesichts der steigenden Teuerung auf die bereits am 15. September beschlossene Erhöhung bzw. Nachzahlung ab 1. April einen sofort zahlbaren Versuch von mindestens 3000 M. zu gewähren. Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Ohne Diskussion folgt die Versammlung ferner den Beschlüssen sämtlicher in der Stadtverordnetenversammlung am 4. August d. J. gefassten Beschlüsse zu bekräftigen. Die Beschlussfassung ist notwendig geworden, um jede Möglichkeit einer Anfechtung auszuschließen. Der Vorsteher verwahrt sich hierbei gegen den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf, als sei damals die Geschäftsordnung verletzt worden.

Auf der Tagesordnung steht weiter die folgende am 15. Juni von den U. Soz. eingereichte Anfrage: „Die Versammlung hat seinerzeit mit Mehrheit die Schaffung nur eines Stadtschulrats

für die Stadtgemeinde Berlin beschlossen. Dieser Stadtschulrat sollte, um seiner zentralen Bedeutung für das Schulwesen der gesamten Stadtgemeinde gerecht zu werden, den

### Titel Oberstadtschulrat

führen, wie aus der Einführung durch die Herren Stadtverordneten-Vorsteher und Oberbürgermeister eindeutig hervorgeht. — Neuerdings scheint der Magistrat dem Herrn Oberstadtschulrat diesen Titel aberkannt zu haben. Dieses Vorgehen würde die Stellung des Oberstadtschulrats erheblich schwächen. — Wir verlangen Auskunft darüber, ob eine derartige Verfügung erfolgt ist und im bejahenden Falle, was den Magistrat veranlaßt hat, einseitig und ohne Zustimmung der Versammlung eine derartig einschneidende Maßnahme zu treffen.“

Zu derselben Angelegenheit liest der Antrag Heimann (Soz.) vom 23. August vor: „Durch die Schaffung der drei Dezernentenstellen für das Volksschulwesen, das höhere Schul- und das Fachschulwesen ist eine besondere Amtsbezeichnung für den leitenden Stadtschulrat von Berlin unumgänglich geworden. Wir beantragen daher dem Inhaber dieser Stelle die bereits in der Öffentlichkeit gebräuchliche Amtsbezeichnung „Oberstadtschulrat“ und den drei Dezernenten die Amtsbezeichnung „Stadtschulrat“ zu geben.“ Heute geht von der D. Rp. v. Eymern u. Gen. der Antrag ein, die drei Dezernenten als „Magistratschulräte“ zu bezeichnen.

In der ausgedehnten Verhandlung, die sich an die Begründung der Anträge durch Dr. Löwenstein (U.S.P.) und des Antrages Heimann durch Dr. Bohmann (Soz.) anschließt, erklärt der Oberbürgermeister, daß über die Rechtslage kein Zweifel sein könne, da das Protokoll und die Beschlüsse lediglih vom „Stadtschulrat“ sprechen. Eine Änderung von Titeln stehe der Stadt nicht zu, es sei denn, daß die neue Bezeichnung in den Haushalten aufgenommen werde.

Troll (D. Nat.) und Kröpelin (D.P.) beantragen natürlich auch diese Gelegenheit, ihrer Abneigung gegen das Entfemen Paulsen unverblümt Ausdruck zu geben. Während Goh (Komm.) dahin mit Dr. Bohmann übereinstimmt, daß es sich hier an sich nicht um ein Prinzip handelt, stimmt er doch auch dem Antrag Heimann zu, da sich der Streit zu einem politischen ausgewachsen habe. — Mit besonderer Schärfe zieht Merien (Dem.) gegen Paulsen zu Felde; er läßt ihm vor, daß er in sieben Monaten nichts für die Herbeiführung der Einheitschule des Schulwesens getan habe, daß er nichts getan habe, um die Schulstreits zu verhindern, daß man weltliche Schulen eingerichtet habe, ohne das Reichsschulgesetz abzuwarten usw.

### Stadtschulrat Paulsen

repliziert, er sei mit seiner ganzen Kraft für die Einheitschule des Schulwesens eingetreten, aber überall, im Provinzialschulrat und im Ministerium, auf den Widerstand der Juristen gestoßen. Sein Versuch, den Magistrat von der Richtigkeit seiner Auffassung zu überzeugen, habe zwar die Mehrheit des Magistrats auf seine Seite gebracht, aber der Oberbürgermeister habe den Magistratsbeschluss beanstandet. Seit Februar kämpfe er allein, noch immer habe er keine Schulkollegen zur Seite. Es wäre kein Wunder, wenn das Schulwesen auf diesem Wege in Unordnung geriet; aber es habe auf keiner alten Höhe. Die weltlichen Schulen habe nicht er eingeführt, sondern die Potsdamer Regierung. (Große Heiterkeit links.) Damit erledigt sich auch der Punkt der Schulstreits. Durch

### Isosend Hemmungen

sei er davon abgehalten worden, überhaupt an die Arbeit zu kommen, geschweige denn, sein Schulprogramm in die Tat umzusetzen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Versuche des Dr. Salzhager, seiner Fraktion, dem Zentrum, noch das Wort zu verschaffen, schlagen fehl. In der Abstimmung wird der Antrag v. Eymern abgelehnt, der Antrag Heimann mit den Stimmen der drei Linkenparteien angenommen.

Mit den Ausschlußbeschlüssen zur Vorlage betr. die

### Anwendung des Sprenggesetzes

auf die Beamten und Angestellten der Groß-Berliner Gemeinden erklärt sich die Versammlung einverstanden.

In der zweiten Lesung der Vorlage wegen

### Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten

in den städtischen Krankenhäusern erhebt sich eine wesentliche Diskussion nicht mehr. In der Abstimmung fallen die kommunistischen

Anträge, die die Krankenpflege völlig unentgeltlich gewähren wollen, gegen die Stimmen der Antragsteller. Angenommen werden 14 Jahren zum ermäßigten Satze von 6 M. aufzunehmen, ferner der Antrag der U. Soz., daß die Aufnahme nicht von der Zahlung eines Vorkurses abhängig gemacht werden darf, sowie derjenige, daß die Neuregelung am 1. Oktober in Kraft tritt und als Provisorium bis Ende 1921 in Kraft bleibt. Der weitere Antrag der U. Soz., Nichtversicherte, deren Einkommen unter 20 000 M. bleibt, nur die Hälfte der Sätze zahlen zu lassen, wird mit 77 gegen 61 Stimmen abgelehnt und dafür ein Antrag Wggodzinski angenommen, wonach diese Ermäßigung Platz greift, wenn das Einkommen der Ehegatten 20 000 Mark nicht erreicht. Die Erhöhung des Verpflegungssatzes von 18 auf 25 M. wird mit 81 gegen 60 Stimmen genehmigt.

Zu dem Statut der Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin wird die Zustimmung nach den Ausschlußbeschlüssen erteilt; weitergehende Anträge der Kommunisten, die Dstrowski begründet, werden bei der Abstimmung übersehen und die nachträgliche Vornahme einer Korrektur scheitert am Widerspruch der Rechten.

Auch die Satzung des Ausschusses für das Wohnungswesen der Stadtgemeinde Berlin gelangt mit der Zustimmung zur Annahme, daß die Vorsitzenden der Mieteinigungsamtsabteilungen in den Verwaltungsbezirken vom Magistrat ernannt werden sollen.

Ebenso erhält die Satzung über das Verwaltungseminar der Stadtgemeinde Berlin nach kurzer Debatte die Zustimmung der Versammlung.

Von den weiteren Magistratsvorlagen wird auch diejenige ohne Erörterung zum Beschluß erhoben, die den 20

### Verwaltungsbezirken offizielle Namen

beilegt. Die Vorlage wegen Verkauf einer Baustelle an der Parkiroße in Berlin-Treptow und der Antrag Wegl wegen Neuordnung der Taubstummenschule gehen an Ausschüsse.

Der am 1. Oktober in Kraft tretenden Erhöhung der Ausgleichs- und Teuerungszuschläge an die Arbeiter, Angestellten und Beamten wird zugestimmt.

Gegen 9 Uhr Vertagung auf Donnerstag.

### Küchen / Spielzeug / Kleider.

Ein bißchen viel auf einmal, und ziemlich verwegend, all diese verschiedenartigen Dinge unter einen Hut zu bringen, d. h. sie in einer Ausstellung zu vereinigen, wie es die gemeinnützige „Hausrat“ G. m. b. H. in der Königin-Augusta-Straße 21 tut. Mit Genehmigung kann man aber feststellen, daß nicht nur neue Wege gesucht, sondern auch gefunden wurden.

Die Kleider sind wieder saubere, liebevolle Arbeiten, die der Zweckmäßigkeit bei ausserordentlichem Geschmack dienen. Das Spielzeug macht auch den Großen die Augen leuchten, denn hier findet man endlich gute Sachen, die man dem Kinde in die Hand geben kann. Das Spielzeug ist hauptsächlich aus Holz, gefertigt in den bekannten Werkstätten in Hellaerau und von Staudinger (Sonneberg), dem unentwegten Vorkämpfer, der durch sein Können Wege zeigt, um in dem Bereiche der Spielwaren die notwendigen Reformen durchzuführen. Sein Können ist aus dem Grunde schon so beachtenswert, weil ihm die Bedingungen der Massenfabrikation bekannt sind. Die Mittel sind vernünftig ausgenutzt, und die Gerätschaften sind dem Tiere entsprechend angebracht. Die Tierbeobachtung ist eine wirklich liebevolle, und das Tier ist immer in der ihm charakteristischen Bewegung festgehalten. Dabei sind die Mittel ganz einfache. So watschelt z. B. ein Pelikan natürlich, nur weil bei dem Räderbrettchen die Stellung des Achsen schief ist. Wesentlich aber ist, dieses haltbare Spielzeug ist auch preiswert.

Uneingeschränktes Interesse beanspruchen überdies die Küchen. Die eine zeigt insbesondere, was aus einem an sich schlechten Räume zu machen ist, in beiden aber ist die Anordnung der Geräte nach den Gesetzen der rationalen Arbeit vorgenommen. Da kann man aus Kleinigkeiten Bedeutsames lernen.

### Das Unglück im Nord-Südbahn-Tunnel.

Ueber das schwere Unglück, das sich in der gestrigen Nacht beim Bau der Nord-Südbahn ereignete und wobei, wie berichtet, zwei Arbeiter getötet wurden, veröffentlicht der Berliner Magistrat eine Darstellung, der wir folgendes entnehmen:

## Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1920, by J. G. Cottzische Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin

„Sie fahren mit dem Dampfer, aber nicht wahr, zweiter Klasse?“ Erste Klasse kostete zehn Pfennige mehr.  
Zweiter Klasse aber war vollbesetzt mit Menschen und Körben. So legte Fräulein diese zehn Pfennig aus eigener Tasche aus. Hier saßen gutgekleidete Menschen, die zum Vergnügen hinausfahren an den Küstenhafen, an die See. Mädchen, die sich aneinanderdrückten: draußen war Stille und Strand einsamkeit. Familien, die ein Mädchen mit allerlei Raffinesse bei sich trugen; durch das Zeitungspapier schlugen Fettsäcke, unshön und verheißungsvoll. Jungens mit grünen Botanikertrömmeln, in die alles hineinkam, nur keine Pflanzen. Kleine Mädchen mit Schmetterlingsnetzen, mit denen man kleine Fische am Strande fangen konnte. Und vielleicht gab es gar Bernstein...

Der Dampfer fuhr langsam und vorsichtig. An der langen Brücke begannen sie jetzt den alten, an hundert Stellen gestülpten Holzbelag abzutragen und sie mit Steinplatten zu belegen; und an Stelle des dicken Balkengeländers kamen leichte Eisenstangen. Das war so furchtbar praktisch und so furchtbar häßlich.

Dicht an der Brücke, die eigentlich eine Straße ist, lag ein langgestreckter Weichselstahn, auf dem ein kleiner Epich hin und her rannte, gallig dreinschauend und wildwütig bläsend. Am anderen Ufer lag ein großer Dampfer mit rotem Stern im weißen Schornsteinbande. Schiffstauer luden Getreide ab; sie gingen, die jenseitigen Säcke auf den massiven Schultern, über schmale, schwankende Bretter, die das Schiff mit dem Bollwerk an den Speichern verbanden.

Kleine, grasgrüne Dampfer kamen von den Badeorten. Helle Sommerkleider, bunte Sonnenschirme, Strohhüte, Blumensträuße leuchteten in der Sonne. Nun bog ein mächtiger Dampfer mit nordwestlicher Flagge nach der Schäferei zu ein, wo der Nachhof war. Einige Augenblicke war die ganze Luft erfüllt von dem gelben Heulen der Schiffspeise; dann war es wieder still, und nur das asthmatische Schnaufen der Maschinen war zu hören, das Lachen der Passagiere und das Bellen des kleinen Hundes.

Braun und träge unten der Fluß. Da drüben der niedrige Schwanturm, der letzte Rest der einstigen Ordensburg. Wie war das doch? Ja, die Ritter bauten ihn aus Leiger und Trog gegen die Stadt und den Bürgermeister Konrad Voklow, der seinen Daumenbreit Recht seiner Stadt preisgeben wollte. Nachher lodten sie ihn in die Burg, knebelten ihn und warfen ihn in den tiefsten Kerker. Und als er nach zwei Tagen noch nicht mürbe war, wurde er mit zwei Ratskollegen abgeschlachtet. In der Marienkirche war ja der Stein über ihrer Gruft: halbgeborsten, mit heute fast verflöchten Jügen die Beschichte erzählend, sehr kurz, aber sehr verlogen; da stand einfach „sie starben“ am Palmsonntag 1411. Sie war so typisch, die knorrige, bodenbeinige Gestalt des Voklower, der sich bis zum bitteren Ende sein Recht nicht nehmen ließ, nur sein Leben.

Der Oberlehrer hatte mit Fräulein oft von diesen Dingen gesprochen. Er war mit ihr durch die alten Zeiten gewandert. Er kannte ja jeden Stein seiner Vaterstadt und wußte alles zu deuten.

Hermann Görke kam ihr in den Sinn. Er hatte einmal die Idee gehabt — der Oberlehrer hatte ihn davon erzählt —, ein Buch zu schreiben, dessen Heldin diese alte Stadt war, auf deren Antlitz melancholische Träume lagen: „Dann aber las ich Rodenbachs „Bruges la morte“, und dann ließ ich ab: es wäre doch nur eine Wiederholung geworden.“

Auf diesem Wasser, an diesen Speichern und Türmen vorüber waren die Venezianer eingefahren die Caravelen der Spanier, die Holländer, die die Nüchternheit der Seele und daneben die wunderbaren Schnapsrezepte eingeführt hatten. Hier war auch Paul Benede, „ein hart Seevogel“, angekommen. Paul Benede, der dem englischen Schiff eine Stein- tugel in den hölzernen Bauch schoß und ihm das Wunderbild des Hons Remling abnahm, „das jüngste Gericht“, das für einen Redich eben gemalt war. Was der wohl für Augen gemacht hatte, als er das Kunstwerk sah? Vielleicht hatte er die Achse gezuckt. Vielleicht hatte er den Eisenhelm vom sonnenverbrannten Schädel genommen und ein Ave-Maria gebremmt...

Nun kamen sie aus der Stadt heraus. Wiesen, eine kleine Brücke, die sich rechts über einen Kanal wölbte — „Stroh- deich!“ rief der Mann am Ausgange.

Fräulein lachte vor sich hin. Sie wußte es gar nicht. Sie empfand ein wohlgerichtetes, glückliches Gefühl. Sie war frei. Sie war für ein paar Stunden frei von Görkes, vom Hin- und

Herlaufen in dem alten, unbequemen Hause, vom Stunden- geben und vom Strumpfberg. Wie schön konnte das Leben sein!

Nun bog der Dampfer in die Weichsel ein. Links war die kaiserliche Werft. Graue Eisenkästen lagen dort, ohrenbetäubendes Hämmern auf Stahlplatten dröhnte herüber. Im Schwimmboot lag ein Kriegsschiff. Daneben Torpedoboote, grau, hager, wie böse Wölfe. „Weichselmünde!“ Ein schmutzig-weißer runder Turm rechte sich über grüne Wälle. Passagiere stiegen aus und ein. Der Dampfer war voll sein Platz mehr unbesetzt. Man stand in den Gängen und an der Treppe, die zur Kajüte führte.

Was hatte Hermann Görke gestern abend nur mit der „Sibylle“ gemeint? Sie hatte lange darüber nachgedacht. „Wie blah Sie sind!“ Sie hörte den Ton seiner Stimme noch immer. Warum war sie nicht freundlicher zu ihm gewesen? Er war der Sohn des Hauses. Sie durfte sich nichts vergeben. Ach, sie hätte doch freundlicher zu ihm sein sollen; er war gewiß einsam, trotz seiner Freundschaft zu Lothar Franzius.

Als Fräulein bei Lothar Franzius war, zwang sie ihre Gedanken zur Umkehr. Warum hing Hermann nicht mehr mit seinen Eltern und seinen Schwestern zusammen? Warum waren sie eigentlich alle einsam in Görkeschen Hause? Der Vater, die Mutter, die Schwestern, jede für sich, der Bruder? Ach, sie hatten alle die Liebe nicht. Und der Oberlehrer, der sie hatte, verfloß sich vor ihnen und sah einsamer als sie alle da.

Sie waren so reich und wußten sich doch nicht ihr Leben zu formen. Fräulein dachte: „Wenn ich so reich wäre —“ Handelschiffe lagen nebeneinander, an einigen Stellen mehrere. Getreide und Holz wurde ein- und ausgeladen. Und eines stank nach Petroleum.

Fliegen fremder Länder wehten im Winde. Fräulein kannte sie nicht; aber sie wußte, daß es Holländer oder Skandinavier waren, vielleicht auch Engländer. „Reisfahrwasser!“ Fräulein erhob sich und drängte zum Ausgange. Als sie sich einmal umsah — sie glaubte einen Blick auf sich gerichtet —, sah sie Hermann. Er kam aus der Kajüte heraus und grüßte sie ernst und ehrerbietig. Sie ging zu ihm und gab ihm die Hand.

„Sie hier? Also darum habe ich auf der Fahrt so oft an Sie denken müssen.“

(Fortf. folgt.)



# Filmschau.

Roboby ist ein Filmbandwurm von 52 Mitten. Das mußte man schon lange vor der Aufführung im Sport-Palast, und mehr wohl man auch nicht, nachdem man die ersten drei Mitten sah. Man wurde Zeuge, daß der Universal-Artist Ewald Schaffner durch seine Darbietungen ein ganzes Ballettprogramm füllt und daß die amerikanische Komödie sich nicht nur auf der Leinwand breit macht, sondern auch in den Sport-Palast selbst hineingetragen wurde. So gab es Wagenladungen voll Kränze, von Künstlerinnenhand gepflückte Blumen, die gnädig unter das Licht um diese Blüten begehrendes Publikum geworfen wurden und eine durch Grün abgefilterte Künstlerlegende.

„Alpen-Symphonie“. Mit Recht nennt Arnold Franke seinen im Sport-Palast, Lauenburgerstraße, laufenden Film „Alpen-Symphonie“. Naturaufnahmen von vollendeter Schönheit entrollen sich vor dem Zuschauer. Eine Handlung liegt diesem Filmbild nicht zugrunde, es wird lediglich gezeigt, wie zwei Touristen (Hannes Schweizer und Alie Rodde) alle Schwierigkeiten überwindend, vom Fuße des Monte Rosa auf den 4598 Meter hohen Lyskamm steigen. Man hat Gelegenheit, Freuden und Leiden der Hochalpen mitzuerleben. Mit diesem Film ist es der Freiburger Berg- und Sportfilm-Gesellschaft gelungen, Gletscher- und Wollenaufnahmen von kaum zu überbietender Vollkommenheit herzustellen. Auch der sportlichen Leistung Hannes Schneiders sei lobend gedacht.

Die Schauburg legt ihren Zuschauern diesmal einen „Die Nacht der Einbrecher“ betitelten Film vor, der durch ausgezeichnete Aufnahmen und

gutes Spiel die etwas sehr durcheinander wirbelnde Handlung ersetzt. Besonders ragen Egede Nissen, Rudolf Lettinger und Paul Richter hervor, während Ferdinand Martin einen Berufsverbrecher nach Filmrezepten darstellt. Außerdem erlebte die bekannte Operette „Suppé Die Schöne Catalina“ ihre Wiederentdeckung.

## Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Mitteilungen werden nicht erteilt. G. H. Helfen Sie sich die Nummer der „Westmann“ vom Sonntag in Frankfurt a. M. Nr. 12, Niederstraße 22 (alten). Nummer 1, 20 22. — G. H. 13. Eine eigene Briefzeitung ist möglich. Schreiben Sie sich an das Verlagsamt der Stadt Berlin, Berlin NW., Kleiststraße 28.

# DEGEA

Elektrischer Kocher D. R. P.



Zweckmäßigster Apparat für Kinderstube, Küche u. Boudoir  
Jederzeit schnellstes Kochen und Wärmen  
Auf Wunsch mit Eier-Einsatz oder Aufsatz für  
Soxhlet-Flaschen lieferbar - überall erhältlich  
Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft Berlin

### 7 Kaffee Zielka

Friedrichstraße 59-60  
Ecke Leipziger Straße

Täglich 4 1/2 Uhr  
Eintritt frei!

Neue  
Nachmittags-  
Unterhaltungen!  
originelle  
Tanzvorführungen!  
helters Vorträge  
gr. Orchester-Konzert  
Abends 7 1/2 Uhr  
gr. lustiges Programm

## Jubiläums-75-Brand.

# Winkelhausen

Die deutsche Weinbrandmarke

### Pelz-Haus abuco

Leipziger Str. 58  
Zahlungserleichterung

### Verein der Freidenter für Feuerbeftattung E. B., S. B. Berlin

Geschäftsstelle: Berlin SW. 68, Oranienstr. 83/84  
Vollst. Postamt: Berlin Nr. 120 W. — Fernsprecher: Amt Moritzplatz 6176.  
Geöffnet von 10 bis 4 Uhr. Sonnabende von 10 bis 1 Uhr.

#### Mitglieder-Verfammlungen

zur Wahl der Delegierten zur außerordentlichen Generalversammlung am 23. Oktober 1921.

Es finden außer den am Sonntag, den 25. d. M., bereits bekanntgegebenen, folgende Versammlungen statt:

**Bezirk 12: Lichterfelde.**  
Restaurant Rosenthal, Ständeburgdamm 50.  
Freitag, 20. September, abends 7 1/2 Uhr.

**Bezirk 15: Niereshof.**  
Restaurant Niereshof, Sedanstraße 2.  
Donnerstag, 23. September, abends 8 Uhr.

**Bezirk 17: Lichtenberg.**  
Schulhaus, Moritzstraße 8/10.  
Donnerstag, 29. September, abends 7 Uhr.

**Oberwalde.**  
Müller'sches Café, Schönhaferstraße 1.  
Donnerstag, 29. September, abends 8 Uhr.

**Trebbin.**  
Gemeinschaftshaus, Bahnhofsstraße 2.  
Sonabend, 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.

**Schönau usw.**  
Die Versammlung findet statt: im Restaurant „Pommern“ in Schönau bei Spergau, Berliner Straße 18.  
Donnerstag, 29. September, abends 7 1/2 Uhr.

### Gold Silber (Bruch) Platin, Zahngebisse

Zahn 10 bis 150 M.  
Prismen, Feldstecher  
Ankauf zum Auslandskurs  
Kurt Kehler, Berlin  
Lottentiner Str. 24

### Rognat-Kinchen lauff

Abendkino  
S. H. Helfen Sie sich die Nummer der „Westmann“ vom Sonntag in Frankfurt a. M. Nr. 12, Niederstraße 22 (alten). Nummer 1, 20 22. — G. H. 13. Eine eigene Briefzeitung ist möglich. Schreiben Sie sich an das Verlagsamt der Stadt Berlin, Berlin NW., Kleiststraße 28.

### Erfinder

Beste Vertriebsmethode  
Wafflung und Bewegung  
gebäude Beschäftigung  
Geist? Imbel steht  
F. Schmidt & Co.  
Berlin, Köpenicker Str. 71.

### ÖFEN

Elektro- & Transportable Kachel-  
ÖFEN  
SEMPERPARADYSDORF  
Dresdener Str. 55  
Berlin S. 12

### Kesset

Wid, auch die hoch-  
wertigsten, feinsten,  
großartigen, lassen sich  
durch die seit 20 Jahren  
bestehende Pat. Ges. herstellen.  
12,50 Mark.  
Otto Reichel,  
Berlin W. 50, Eisenbahnstr. 4.

### Steyppdecken

St. Rosen, perlon,  
Borst, Strömmer  
Berlin S. 9, nur  
12 Wallstr. 12  
Spillewerk, nur für  
Erdbecken  
und Mikroskopische Plak 2.  
Alle Steyppdecken werden  
ausgearbeitet.

### Alt-Metalle!

Kupfer, Messing, Zinn, Eisen  
haben wir zu Entschleunigen.  
Voller Erfolg für Händler,  
Industrie und Fabrikanten.  
Gebr. Jahnmann  
Zaden Kolonnenstr. 20 Zaden  
S-7 W. 1

### Läuse Wanzen

Schwaben  
Holzwurm  
Ecolba  
100.000 Stück  
1/2 Stunde  
Verlangen Sie nur Ecolba  
Dresdener Str. 55  
Berlin S. 12

# Frankfurter Messe

25. Sept. - 1. Okt.

AUSKUNFT DURCH DAS MESSAMT  
\* FRANKFURT AM MAIN \*

### Minlos'sches Waschlupver

Garantiert Friedensqualität,  
wieder überall erhältlich  
Fabrikant  
L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld

### Münzen

Sammlungen  
Kauf Ball, Berlin,  
Wilmersstraße 46/47

### Münzen

Handlung.

### Prima Kalbfell-Schul-Tornister 50 M.

Malsbauer Straße 11  
Franckstraße 20  
Frankfurter Allee 517  
Cöpenicker Straße 136  
Reinickendorfer Straße 87  
Spandau, Charlottenstraße 2  
Charlottenb., Scharrnstr. 31

### INSERATE

in VORWÄRTS  
verbürgten ERFOLG!

### Leiterwagen

u. alle and. Transportgeräthe  
lieferen billigst Großer Vorrat.  
Georg Wagner, Cöpenicker  
Str. 71. Kein Ladengeschäft.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.

# Drei Ausnahmetage!

Ulster	256, 415
Pfätschmäntel	1050, 1520
Pelzmäntel	3000, 3900
Imprägnierte Mäntel	149, 252
Gummimäntel für Damen	300, für Herren 352
Kostüme	217, 595
Mantelkleider	329
Sportjacken, blau	40
Strickjacken, reine Wolle und Kunstseide	169
Astrachanmäntel	300, 529
Krimmermäntel	980
Röcke	von 68 an

Einsegnungskleider  
in großer Auswahl!

Meine Preise sind meine beste Reklame

# Gold-Silber- Barren, Bruch und Gegenstände Brillanten

Platin • Münzensammlung • Zahngebisse  
verkaufen Sie am vorteilhaftesten nur bei der  
bekanntesten renommierten Firma von Ruf  
„E. V. N.“ Edelmetall-Verwertung Neubaus  
Größter Absatz für Händler  
Hauptgeschäft: Belle-Alliance-Pl. 6a  
nahe Friedrichstraße  
Filiale: Kolonnenstr. 8, Nähe Spittelmarkt  
(nur Metall-Einkauf) (nur im Laden)

Kaufe ständig zu höchsten Preisen

# Gold-Platin-Silber-Münzen

Neuhaus, Roßstr. 8  
Nähe Spittelmarkt  
Einkauf nur im Laden, nicht im Hof

### Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Grundbesuche.

Landgerichtsrat Dr. v. Kirschbach, Gesellschaft m. b. H.,  
Alexandervstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber  
Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet! Tel. Köpenick 3595

### Ankauf Carl Hamann

Münzenstraße 17

### Prismen-Feldstecher

besond. Zeiss u. Goerz werden  
ständig angekauft  
Photohaus Stockmann  
Berlin W. 9, Potsdamer Str. 135

### Parzellen

Bestes Gartenland  
bei den Bahnhöfen  
Marienbof Marienbofde  
Bierbof Marienbof  
Mantelbof vordem BIRIG  
Nischalle & Nische  
Krenzstraße 16 (Krenzstr. 107)

# Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jacken-Anzüge, Cutaways, Mäntel  
teils auf Seide, teils 200-300 M.  
Feiner Damen-Kostüme, -Mäntel,  
Wäsche, Teppiche enorm billig!  
Pelzwaren 50%, billiger! Kreuz-  
fische, Zobel, Blau-, Weiß-, Silber-  
fische, Wölfe, Luchse, Kiesel-Lombard.

# Selbstrasieren

Alle Artikel zum  
Kopp & Joseph  
BERLIN W. 50  
Potsdamer Straße 122

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Ritter Blaubart 7 1/2 Uhr Schauspielfhaus Nathan der Weise 7 1/2 Uhr

Deutsches Theater 7 1/2 Uhr: Kean Donnerstag 7 Uhr Herodes und Marianna

Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Potash u. Perlmutter Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Bagnasberg

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 7: Die Räuber (im Abom.) Do. 7: Die Räuber (im Abom.)

Theater 1. 4. Königgrätzer Str. 7:30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus Täglich 8 Uhr: Max Pallenberg Hans Waßmann

Busenfreund Berliner Theater Täglich 7:30 Uhr: Prinzessin Olala

Central-Theater Die Postmeisterin Deutsch-Opernhaus 7 1/2 Uhr: D. Troubadour

Reigen Freitag 7 Uhr: Kiki Lustspielhaus 8 Uhr: Die Schauspieler

Wohlfühl-Theater 7 Uhr: Die Straßensängerin Neues Operetten-Theater

Die Königin d. Nacht Neues Theat. a. Zoo 8 Uhr: Die kleine Lucasol

Sonnab. Roda-Roda-Premiere Neues Volkstheater 7 1/2 Uhr: Der Schrei nach Ruhe

Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: Richter von Zalamea Schloßpark-Th. Steglitz

Alles um Geld Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Schlimm Dick, Lotte

Th. am Kollenderplatz 7 1/2 Uhr: Wohlwühlige Frauen

Der Vetter aus Dingsda Theater des Westens 7 1/2 Uhr: Die Brand d. Lacullus

Th. i. d. Kommandantenstr. (Altes Schauspielhaus) 8 Uhr: Newells Wallner-Theater

7:30 Uhr: Nixchen Volkoperette Walthalla-Th. 7 1/2 Uhr: Die schöne Helena

Volkshöhle Theater am Bülloplatz 7 1/2 Uhr: Das Postamt / Die Komödie der Irrungen

Lessing-Theater Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr: Die Spielereien ein. Kaiserin

Deutsches Künstler-Theater Abends 7 1/2 Uhr: Die Ballerina des Königs

Kleines Theater Täglich 8 Uhr: Fri. Josette - meine Frau

Rose Theater 8 Uhr: Die Bürgermeisterwahl

Komische Oper 7 1/2 Uhr: Die Strohwitwe Operette von Leo Blech

Folles Caprice Linienstr. 132 am Oranienbg. Täglich 8 Uhr: D. Geliebte a. Teilung

Feiertanzel Deutsches-Meritz mit Ferd. Gröninger

CASINO-THEATER Leschinger Str. 47 - Tägl. 7 1/2 Uhr: Das neue Eröffnungs-Prgr. mit der Spitzbühnengruppe

Exzellenz Maxe. Vorber: Das letzte Stagnel Und wenn es jenseit parodiert

AMIA Abends 8 Uhr: Luftballon im Zuschauerraum

Mesa Nacht in Sevilla mit 24 Damen und die Schönen Septer-Sensations

Circus Busch Tägl. 7 1/2 Uhr, auch 2 U. Der lebende Steinbruch

Circus Taraselli am Bahnh. Friedrichstr. Täglich Vorstellung 8 Uhr

Theater a. Kottbusar Tel. 18077 Täglich 7 1/2 Uhr und Sonnt. nachm. 5 Uhr

Milo-Sänger - 10 Herren - Witz! Komik! Nachm. halbe Probe

WINTOKEN Kallio Varieté-Programm

Kaisersaal-Theat. STÄTTNER SINGER Abds. 7 1/2 U. u. Stg. nachm. 3 U. Nw. habe Pr. Varieté

Admirals-Palast 7 1/2 Uhr: Die rote Schuhe

Il Schlager Behrenstraße 54 8 Uhr

Alhambra am Moritzplatz früher Bogenhagen Letzte Woche Otto Renfer 8 Uhr Volkspreise!

Großes Schauspielhaus Täglich 7 Uhr DIE RÄUBER v. Schiller \* \* Regie: Karlheinz Martin

Komödienhaus Freitag, 30. September, 8 Uhr: Zum 25. Male: Der amerikanische burleske Schwank von Walter D. Ellis

APOLLO-THEATER Direktion: James Klein 8 Uhr Ab 1. Oktober 8 Uhr Frau Luna

Großes Schauspielhaus Schluß des Abonnementsverkaufs Spielzeit 1921/1922: Sonnabend, den 8. Oktober. - 6 verschiedene Vorstellungen.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 2,00 M. (zulfällig zwei fettgedruckte Worte). - Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfennig. - Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Verkäufe, Kaufgesuche, Untergrü, Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse Nr. 3, abgegeben werden.

U.S. LINES Regelmäßige Abfahrten BREMEN NEWYORK

Deutsche Automobil-Ausstellung Berlin 1921

Kartoffeln Speise-, Pflanz- u. Futterware Gebrüder Heynemann & Polensky

Nähmaschinen-Mechaniker zum Montieren u. Justieren von Spezialnähmaschinen

Vergoldener Goldschmied u. Restaurator

Justizier (-innen) auf Röhrenwagen werden sofort verlangt von Max Vollstädt & Co.

Mamsells tüchtige, zum Weben von Kleider u. Kostümen

Schneiderinnen außer dem Hause für elegante Lingier-Kleider

Botenfrauen z. z. Zuschrift: Bismarckstr. 41, Belgienstr. 51.

# Reichstagsbeginn.

Gestern trat der Reichstag zu seiner 134. Sitzung zusammen. Am Regierungstisch Reichsfanzler Dr. Wirth, Reichsminister des Innern Dr. Grabner usw.

Während sich die Abgeordneten von den Bänken erheben, hält Präsident Lohde einen Nachruf auf die aus dem Leben geschiedenen Zentrumsgesandten Trimborn, Dr. Hise, Bursage und Erzberger, deren Tüchtigkeit mit Vorbehalten und Bewundern aus blauen Ästern geschmäht sind: Der Tod hat in der Sommerpause unter den Abgeordneten, besonders der Zentrumsfraktion reiche Ernte gehalten. In dem Sozialpolitiker Hise ist ein Senior der deutschen Parlamente dahingegangen. Die verstorbenen Abg. Trimborn und Bursage waren auf allen Seiten des Hauses hoch geehrt und geachtet. — Erschütternder als alle diese herben Verluste wirkte auf uns die Nachricht von dem

fürstlichen Morde, dem unser Kollege Erzberger erlegen ist und der unser Land in neue schwere Unruhen gestürzt hat. Denn er war nicht die vereinzelt tote eines verstorbenen Finanziers, sondern er war der führende, blutige Ueberfall ausgeführte Marschall. Schimmer fast ist noch, daß es vor der Tat Personen gegeben hat, die sie offen herbeiwünschten, und daß es noch der Tat Personen gegeben hat, die sie billigten und entschuldigeten. Man billigte die Tat derer, die vorgaben, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, und die doch nicht den Mut haben, ihre Tat einzugehen und zu verantworten. Man sah nicht, daß sie

das Kleid des Offiziers mit Mörderblut besetzt hatten, daß sie vor dem Auslande die Arme herabließen, die vorher schon schweren Angriffen ausgesetzt war. Der gefallene Kollege Erzberger hat gewiß oft in härtestem Kampfe gestanden und auch Kritik herausgefordert, aber er hat auch gearbeitet im Dienste des Parlaments und des Landes wie nur wenige. Vielleicht mag ihm dabei mancher Fehler unterlaufen sein. Wer die Verantwortung nicht in seine Hände nimmt, der ist vor allen Fehlgriffen gefeit. Die aber, die den Kampf vom politischen Felde auf das persönliche Gebiet übertragen, die haben keinen Grund, sich zu entschuldigen. Schon in Widerstand sollte ich: Möge die Geschichte ihm geben, was viele seiner Lehrenschüler ihm verweigern haben, möge sie an seinem Namen aufmachen, was an seinem Leben nicht mehr aufzumachen ist. — Der Präsident gedenkt weiter des Abg. Reichhaus (Soz.) und der Opfer der Katastrophe in Oppau in tiefempfundener Worten, die das Haus stehend anhört.

## Kleine Anfragen.

Auf der Tagesordnung stehen dann 23 kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Schmidt-Röpench (Soz.), was die Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose deutscher Arbeiter in Böhmen zu tun gedenke, wird erwidert, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Einzelregierungen Schritte unternommen habe, um den einheimischen Arbeitern vor den ausländischen Arbeitern zu sichern.

Auf die Anfrage des Abg. Künstler (U. Soz.) wird mitgeteilt, daß bezüglich der

Pensionierung des Kapitäns Eshardt nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren wurde.

Das Haus vertagt sich. Mittwoch, 2 Uhr: Scheuniger Antrag der Kommunisten auf Aufhebung der Straffhaft des Abg. Thomas in Bayern. Kleine Vorlagen, Vorlage über die Teuerungszulage für Beamte und Staatsangestellte, sozialdemokratische Interpellation über das Explosionsunglück in Oppau. Schluß: nach 5 Uhr.

## Das Rätsel von Oppau.

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik hat gestern der Berliner Presse über das entsetzliche Mordunglück von Oppau berichtet. Den Vorträgen der leitenden Chemiker, sowohl der Badischen Anilin- und Sodafabrik wie der Kalkstickstoffindustrie, die ihren Stickstoff bekanntlich aus der Luft gewinnt, ist zu entnehmen, daß der Ammoniumsulfatpeter nach den zahlreichen Versuchen, die vor Inangriffnahme seiner Herstellung, also schon viele Jahre vor dem Kriege, und seither oftmals angestellt worden sind, keinerlei Sprengstoffeigenschaften hat.

Ammoniumsulfat für sich allein bildet zwar einen Bestandteil verschiedener Sprengstoffe, ebenso wie Natrium- oder Kalisulfat, die bekanntlich beide keineswegs Explosivstoffe sind; die Verwendung dieser Salze zu Sprengmitteln beruht lediglich darauf, daß sie bei Erhitzung Sauerstoff abgeben; zu Explosionen ist aber die Gegenwart eines Sauerstoff aufnehmenden, also verbrennenden Körpers erforderlich. Das in Oppau hergestellte Düngesalz enthält nun neben dem Ammoniumsulfat noch Ammoniumnitrat — dieselbe Substanz, deren Lösung verwendet wird, um Theaterfasseln und sonstige gegen Feuer zu schützende, an sich brennbare Stoffe unbrennbar zu machen. Es kann also aus der Mischung dieser beiden Salze ein Sprengstoff nicht herbeigeführt, und es hat auch niemals vorher, so berichtet die Direktion, eine Explosion dieses vielverwendeten Düngesalzes stattgefunden. Da es ist sogar in einem der Oppauer Werksgebäude, das von glühenden Sprengtrümmern getroffen und zerstört wurde, eine Menge von 7000 Zentnern Ammoniumsulfatpeter unverändert liegen geblieben.

Wohl sind festgelegene Bände des Salzes zum Zwecke der Verfeinerung gesprengt worden, es sind aber vorher an 2000 solcher Sprengungen in Oppau und anderwärts ausgeführt worden, selbst noch zwei Tage zuvor in demselben Lager von demselben Sprengmeister, ohne daß dabei irgendwie mehr passiert wäre, als daß die Bände zerkernt wurden.

Ein Kunde, der sich nachträglich gemeldet hat, befandete, daß am Unfalltage eine Sprengung in dem verhängnisvollen Lager vorbereitet wurde, das 4500 Tonnen des Düngesalzes enthielt, aber dieser Umstand an sich gäbe nach dem Vorstehenden noch keinen genügenden Hinweis auf die Ursache des Unglücks. Auf der anderen Seite ist vermutet worden, daß vielleicht eine Explosion in der neben dem Lager liegenden Fabrikation des Düngesalzes erfolgt ist, aber auch dafür fehlt nach dem Stande der chemischen Wissenschaft eine Ursache. Der Vermutung, daß der hohe Druck von 200 Atmosphären, unter dem die Fabrikation verläuft, die Explosion veranlaßt haben könnte, wird entgegengehalten, daß die Druckleistungen bei der Explosion vollkommen intakt geblieben sind, die Dichtungen haben gehalten und die Leitungen sind nachher abgeperrt worden.

Wenn im Laufe der Erörterungen auf andere Explosionen hingewiesen worden ist, so ist zu bemerken, daß das Unglück in Tschornemir-Golba vor einigen Jahren in einem ganz anders gearteten Betrieb erfolgte, nämlich in einem solchen, wo der Stickstoff aus der Luft auf elektrischem Wege gewonnen wird. Dabei war Lanthan als Rückmittelsmittel verwendet und ein Kessel undicht geworden. Dieses Unfälle ist restlos aufgeklärt, ebenso die gleichartigen Unfälle von Rodio in der Schweiz und von Rhina. Ausdrücklich erklärt die Direktion, es sei unrichtig, daß verurteilt worden sei, den Gasdruck für die Fabrikation gewaltig, wie behauptet ist, auf 1100 Atmosphären zu steigern; auch sei es unrichtig, daß die Sprengmeister Prämien für besonders große Sprengungen erhalten hätten. Vertriebsbüro Oppau nur halb gearbeitet, weil es an Stickstoff fehlte.

Die Vortragenden hoben noch hervor, daß sofort nach dem Unglück die nicht betroffene Belegschaft die Weisung gegenwärtig hatte, die noch laufenden Werke stillzusetzen, zum Teil unter eigener Lebensgefahr, wodurch weiteres Unfälle vermieden wurde. Unter Hinübernahme des elernen Lebens haben die Arbeiter und Angehörigen des Menschennützlichkeits beim Rettungswort geteilt.

Die Zahl der Toten wird auf 350 bis 500 geschätzt, die Zahl der Verwundeten auf 400 bis 500. Die Anhäufung der großen Menge des Düngesalzes wird damit erklärt, daß es ein

Saisonprodukt ist und in denjenigen Monaten, wo es nicht für die Landwirtschaft abtransportiert wird, aufgespeichert werden muß. Die vierte Totenliste weist 14 Namen auf. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75; die Zahl der von den Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist um 70 auf 100 gestiegen.

Alle 7000 Werksangehörigen werden bei der Aufräumung und auch schon beim Wiederaufbau weiter beschäftigt; für die Hinterbliebenen und Verwundeten wird möglichst ausreichend gesorgt; Spenden aus dem In- und Auslande stehen außerdem in reichlichem Maße.

Der Reichsausschuss für Oppau gibt bekannt, daß kleinere Liebesgabenleistungen aus dem Bereich von Groß-Berlin und Umgebung beim Deutschen Roten Kreuz, Charlottenburg, Berliner Str. 127, Zimmer 2, abgegeben werden können. Das Deutsche Rote Kreuz wird sie jeweils gesammelt an den Stadtrat in Ludwigshafen weiterleiten.

Der Stickstoffdüngemittel-Ausschuss beim Reichsernährungsministerium hat gestern eine Erklärung beschlossen, daß nach den mehrjährigen Erfahrungen und der Darlegungen technischer Sachverständiger kein Grund vorliegt, die Lagerung und Verwendung dieses Düngesalzes in der Landwirtschaft in irgendeiner Weise zu beschränken.

Man steht also tatsächlich vor einem Rätsel. Bei dem hohen Stande der deutschen chemischen Wissenschaft ist jedoch die Hoffnung berechtigt, daß die sofort einsetzende energische Forschung Klarheit bringen wird, um eine Wiederholung dieses fürchterlichen Unglücks, soweit menschlich möglich, zu verhindern. Jedenfalls dürfte die Lage

## Ein harter Wahlkampf

ist bei den Stadterordnetenwahlen am 16. Oktober auszufechten. Die Gegner der Einheitsgemeinde versuchen mit allen Mitteln, die Wahl an sich zu reißen. Ein Geldmangel fehlt es ihnen nicht.

Die Kosten des Wahlkampfes sind auch für unsere Organisation sehr bedeutend. Aus den Beiträgen der Mitglieder allein können sie nicht bestreiten werden. Die ersuchen deshalb alle Genossen, die dazu in der Lage sind,

### freiwillige Beiträge

für den Wahlfonds auf Postcheckkonto Nr. 487 43 an Alex Pagels, Bezirksverband Berlin SPD., SW 68, Lindenstraße 3, einzusenden. Der Bezirksvorstand.

Die so großer Mengen des Düngesalzes an einer Stelle in Zukunft wohl zu unterbleiben haben. Da doch nicht damit gerechnet werden kann, daß irgendwelche brennbare Stoffe, wie er zur Explosion erforderlich ist, dem Düngesalz beigemischt worden wäre, so bleibt logischerweise nur der Schluss übrig, daß sich in der chemischen Zusammenfassung des Produktes irgendwelche gefährlichere Veränderungen vollzogen haben müssen, die man noch nicht kennt.

## Benesch gegen Ungarn.

Prag, 27. September. (WTB.) Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten stellte Außenminister Dr. Benesch fest, die ungarische Regierung trage die Schuld daran, daß die Friedensbedingungen nicht erfüllt worden seien. Dr. Benesch erklärte, daß er es für seine Pflicht halte, überall in friedlichem Sinne zu wirken, insbesondere schon deshalb, weil, falls die westungarische Angelegenheit nicht friedlich gelöst werden sollte, es zu Zwangsmassnahmen kommen werde, woran die Tschechoslowaken direkt interessiert sei.

Prag, 27. September. (WTB.) „Narodni Listy“ melden aus Preshburg, daß sich ungarische Banden an der tschechoslowakischen Grenze gegenüber dem Preshburger Bräutertopf über Nacht eingegraben haben.

## Schüsse im Ungarnparlament.

Im Horthy-Parlament hat dieser Tage ein gewisser Ibrahim Georg Köber auf die Ministerbank geschossen und dabei angeblich gerufen: „Geht nach Westeuropa, Euren Patriotismus beweisen!“ Zuerst verbreitete man, der Attentäter stehe mit der Republikanischen Partei in Verbindung, denn Ungarn ist bekanntlich stramm königlich.

Jetzt gibt aber sogar die Polizei bekannt, daß der Attentäter, der 40 Jahre alt ist, in keinerlei Verbindung mit irgendeiner politischen Partei steht und die Tat auf eigene Faust verübt hat. Es handelt sich um einen, wenn auch nicht geistig gestörten, so doch exaltierten Menschen, der vor einigen Wochen vom evangelischen Glauben zum mohammedanischen Religion übergetreten ist. Er war mehrere Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft und bezeichnet sich selbst als Republikaner und Sozialist, obsiegt er, wie sich bei seiner Vernehmung herausstellte, höchst unklare Ansichten über den Marxismus hat und u. a. Napoleon als Begründer des Sozialismus ansieht. Köber gibt in seinem Tagebuch und bei seiner Vernehmung an, daß man

in Ungarn heute nur durch Gewaltaktionen etwas unternehmen kann, da sonst jede Möglichkeit der freien Meinungsäußerung fehlt. Durch die Unterdrückung der Press- und Versammlungsfreiheit werde jede Opposition unmöglich gemacht und jede Kritik des bestehenden Regimes verhindert. Niemand kann gegen die kriegerischen Abenteuer protestieren, da die Zensur nur die chauvinistischen Artikel und Veröffentlichungen zuläßt, niemand gegen die legitimistische Agitation auftreten, weil er sonst dem Terror ausgesetzt ist. Unter diesen Umständen bleibe nichts anderes übrig, als diesem

Gewaltregime gegenüber gleichfalls zu Gewaltmitteln zu greifen, um dadurch der öffentlichen Meinung im Inland und Ausland zu zeigen, daß es auch noch Republikaner und Kriegsgegner in Ungarn gibt.

Ueber das Attentat gibt Köber an, daß er nicht nur den Ministerpräsidenten Kallós, sondern auch den Grafen Julius Andrássy, den Prinzen Windischgrätz und den Markgrafen Pallavicini erschießen wollte. Er sei überzeugt, daß viele Männer die Haupt der ungarischen Kriegspartei seien und die Absicht hätten, den Karl nach Ungarn zurückzubringen. Die Untersuchung hat aber ergeben, daß die Waffe des Attentäters eine so geringe Durchschlagskraft besaß, daß die Kugeln unter keinen Umständen jemand hätten töten können. Nach dem Abfeuern des ersten Schusses flüchteten die meisten Abgeordneten panikartig aus dem Sitzungssaal.

Der Attentäter wurde von einem Kriminalbeamten überwältigt und von mehreren Tribunalenbesuchern mit Prügeln bedacht, so daß er in arg zugerichtetem Zustande auf der Polizeiwache ankam. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Köber das Verfahren wegen versuchten Mordes eingeleitet.

## Friedenssabotage im amerikanischen Senat?

New York, 27. September. (WTB.) „Tribune“ meldet aus Washington: Gleichzeitig mit der plötzlichen Verletzung der demokratischen Opposition gegen den deutschen Friedensvertrag im Senat hat sich herausgestellt, daß Wilson sich der Ratifikation widersetzt.

Wilson macht Opposition gegen den Frieden mit Deutschland; ob er ihm zu anständig ist oder ob er aus Neut das allzuwilde Verfallertum darin mißbilligt, ist noch unbekannt.

New York, 27. September. (WTB.) Der Bürgermeister ernannte ein Komitee zur Begrüßung des ersten deutschen Personendampfers Bayern, der am Mittwoch hier erwartet wird.

## Eine Friedenskonferenz.

London, 27. September. (WTB.) Am 11. Oktober beginnt in Gondon eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete Internationale Konferenz, auf der die Fragen der wirtschaftlichen Gesundung und des Weltfriedens erörtert werden sollen. Daran nehmen teil Delegierte aus England, Frankreich, Italien, Deutschland, Holland, Ungarn, Oesterreich, Schweden und Japan. In der Eröffnungssitzung wird Lord Parmoor den Vorsitz führen. Desgleichen nehmen u. a. daran teil Henderson (Soz.) und Carl of Beauchamp. Es ist auch eine Kundgebung in der Central Hall von Westminster zugunsten der Abrüstung vorgesehen.

## Sowjetrussische „Kulturpläne“.

Die Kommentare, mit denen die Presse die Ankunft des stellvertretenden sowjetrussischen Volkskommissars für Bildungswesen in Berlin begleitet hat, fordern zu folgenden Feststellungen heraus.

Wie es in den Pressemittteilungen heißt, beabsichtigt die Sowjetregierung in Berlin einen sehr großen Büchererwerb zu gründen, dem große Summen zur Verfügung gestellt werden. Der Verlag hat zur Aufgabe, Bücher, Zeitschriften usw. herauszugeben, „da in Rußland nicht genügend Bücher gedruckt werden könnten“.

Diese Meldung klingt zunächst sehr unschuldig und verleitet leicht zu Schlussfolgerungen, die vollständig verkehrt sind. Die angeführte Meldung muß von einer anderen Seite angefaßt werden, als dieses gemeinhin geschieht ist.

Weshalb gründet denn der sowjetrussische Staat einen großen Verlag ausgerechnet im Auslande? Ist denn Rußland selbst nicht in der Lage, Arbeiten beliebigen Umfangs zu erfüllen? Ist doch bekannt, daß vor dem Kriege auf dem Gebiet des früheren russischen Reiches nicht weniger als rund 1000 Druckereien existierten, von denen keine geringe Anzahl in Moskau und Petersburg zu den größten Druckereien der ganzen Welt gehörten, Druckereien, deren Arbeiter- und Angestelltenzahl in die Tausende ging. Hat denn Rußland nicht Wälder genug, um aus dem einheimischen Holze Papier herzustellen? Gibt es denn in Rußland nicht Papierfabriken genug, um die nötigen Papiermengen zu erzeugen?

Auf alle diese Fragen wird jeder, der einigermaßen in russischen Dingen Bescheid weiß, nur bejahend antworten können. Rußland könnte auch jetzt noch den wesentlichsten Teil seines Bedarfs selbst erzeugen und die Arbeiter der in Betracht kommenden Industrie beschäftigen, Brauchen die betreffenden Industriezweige Maschinen, Werkzeuge, Chemikalien usw., die in Rußland nicht vorrätig sind, so könnten doch diese Gegenstände mit Leichtigkeit aus dem Auslande bezogen werden, um die einheimische Produktion zu heben. Wäre das nicht die erste Aufgabe einer „Arbeiter- und Bauernregierung“?

Alle diese Fragen zu stellen, heißt sie beantworten. Die russische Papierindustrie liegt im Sterben, und die Sowjetregierung ist nun drauf und dran, ausländische Konzessionäre dafür zu gewinnen, um ihnen die verlotterte und verwahrloste Industrie in die Hände zu spielen. Das Druckereiwesen kann, trotz der heroischen Bemühungen der Buchdruckerarbeiter, dieses aufgeschärtesten Teiles der russischen Arbeiterschaft, mit welchen die Sowjetregierung in ewigem Kampfe liegt, ebenfalls wenig ausrichten.

Und so muß die Sowjetregierung, die die ganze Wirtschaft systematisch zugrunde gerichtet hat, ins Ausland flüchten, um hier „großartige“ Kulturbetriebe zu eröffnen. Nach außen hin wirkt die Werbung von der Gründung pompös, ein großes Kulturunternehmen, ein Werk zur Annäherung der Völker, ein neues „Bagnis“ der großen „Revolutionäre“ usw.! Im Grunde aber ist das nur das Wahrzeichen und die Befestigung des inneren russischen Elends.

## Der Faschisten-Krieg geht weiter.

Rom, 27. September. („Fr. Ztg.“) Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei in Modena wurden fünf Faschisten getötet. Der faschistische Abg. Vicini wurde schwer verwundet. In Ottomona in Apulien fand aus nichtiger Ursache eine Schlägerei zwischen Faschisten und Sozialisten statt, bei der es zwei Tote und 18 Schwerverletzte gab.

## Hand- und Kopfarbeiter

will die Sozialdemokratische Partei zur Kampfgemeinschaft gegen Reaktion und Kapitalismus zusammenschließen. Das kann sie nur, wenn ihre Presse als einigendes Band für alle dient. Ausgabe der sozialdemokratischen Presse ist es, ihre Leser über alle Gebiete des öffentlichen Lebens rasch und gewissenhaft zu unterrichten, ihnen die Wirklichkeit der Gegenwart und die großen Kampfziele der Zukunft zu zeigen. Diese Aufgabe erfüllt der

## „Vorwärts“

das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er erblickt im Eintreten für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der werktätigen Bevölkerung seine vornehmste Pflicht. Mehrere, zum Teil illustrierte Beilagen, wie „Volk und Zeit“, „Siedlung und Kleingarten“ und „Heimwelt“ bereichern seinen Inhalt.

Wer gewillt ist, mitzutreten in die kämpfenden Reihen des deutschen Arbeitervolkes, der fülle den anliegenden Bestellzettel aus und sende ihn an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der täglich erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 12 M. pro Monat Oktober.

Name \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Straße Nr. \_\_\_\_\_  
vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts  
bei \_\_\_\_\_

# Gewerkschaftsbewegung

## Partei und Gewerkschaften.

Die Frage, wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu den freien Gewerkschaften steht, ist in diesen Tagen wiederholt erörtert worden. Veranlassung dazu gab die Ablehnung eines Antrages durch den Göttinger Parteitag, der die Parteigenossen verpflichten wollte, nur solchen gewerkschaftlichen Verbänden als Mitglieder anzugehören, die sich dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Afa oder dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen haben. Infolge der Ablehnung dieses Antrages ist verhältnismäßig die Meinung aufgetaucht und von gewissen Kreisen zu durchsichtigen Zwecken gestärkt worden, daß es der Partei ganz gleichgültig sei, ob ihre Mitglieder beispielsweise dem Zentralverband der Angestellten oder dem Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband angehören. Das ist natürlich Unsinn. Die Partei steht in bezug auf ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften nach wie vor auf dem Standpunkt der Mannheimer Resolution von 1906:

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der Sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse um ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.“

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und des Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unabwendbares Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Wenn der Göttinger Parteitag den oben erwähnten Antrag abgelehnt hat, so geschah das nur, weil seine Formulierung wenig glücklich war und weil es heute noch nicht möglich ist, die Grenze zwischen den einzelnen Beamtenorganisationen so scharf zu ziehen, als es für die Zukunft notwendig erscheint. Diese und keine andere Auslegung erlaubt der Göttinger Beschluß. Für alle Parteigenossen besteht nach wie vor die Verpflichtung, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die dem ADGB oder der Afa angehören.

Selbsterfindlich steht die Partei nach wie vor fest zu den freien Gewerkschaften. Darüber herrscht vollkommene Klarheit, die auch durch kein Verwirrungsmanöver getrübt werden kann.

### Über 22 Millionen Gewerkschaftler.

Der Internationale Gewerkschaftsbund Amsterdam veröffentlicht eine Uebersicht der ihm angeschlossenen Verbandssekretariate und deren Mitglieder, die folgendes Bild gibt:

Metallarbeiter	4 600 000
Transportarbeiter	2 713 408
Bergarbeiter	2 614 215
Handarbeiter	2 409 800
Landarbeiter	2 097 033
Textilarbeiter	1 604 000
Privatangestellte	843 000
Bauarbeiter	804 194
Glasarbeiter	800 000
Schneider	590 500
Post-, Telegraph- und Telefonangestellte	522 250
Öffentliche Betriebe	473 142
Lederarbeiter	343 507
Lebens- und Genussmittel	308 300
Buchbinder	261 203
Kaffeehaus- und Hotelangestellte	245 950
Steinarbeiter	162 050
Buchdrucker	160 000
Tabakarbeiter	152 800
Glasarbeiter	147 500
Zimmerer	93 462
Räder	83 333
Putzmacher	48 859
Lithographen	40 688
Diamantarbeiter	24 500
Friseurgehilfen	18 500
Schürmer	14 588
Töpfer	12 128
Zusammen	22 182 918

Die für die Lederarbeiter angegebene Zahl umfaßt auch die Verbandssekretariate der Schuh- und Lederarbeiter, Gerber und Sattler, die auf ihrem diesjährigen internationalen Kongreß beschlossen, eine gemeinsame Internationale zu gründen.

Von der bei den Töpfern angegebenen Zahl ist zu bemerken, daß sie sich nur auf Deutschland, Dänemark und Schweden bezieht. Ueber die Mitgliederzahl der anderen Länder liegen keine Angaben vor.

### Die Lohnbewegung im graphischen Gewerbe.

#### Die Stellungnahme der Buchdrucker.

Die Berliner Buchdrucker nahmen gestern abend in der „Neuen Welt“ den Bericht ihres Gehilfenvertreters Massini über die Lohnbewegung entgegen. Er legte klar, daß im Tarifauschuß keine Einigung erzielt worden sei und daß das Reichsarbeitsministerium aus sich heraus eine Vermittlung angestrebt habe. Wenn das Ergebnis dieser Verhandlungen auch den Wünschen der Gehilfen nicht voll und ganz entspreche, so glaube er doch, daß die Buchdrucker wiederum in der Lohnfrage einen Ausweg nach vorwärts gefunden seien. Er empfehle das Abkommen, das dahin geht, daß in der höchsten

## SPD.

### Allgemeine Funktionärerversammlung

am Donnerstag, den 29. September, abends 6 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseest. 94.

#### Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages in Götting. Referenten: Franz Krüger u. Heinrich Ströbel.

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte müssen vorgezeigt werden. Der Bezirksvorstand.

Lohnklasse das Minimum für Berlin am 1. Oktober 385 Mk. und am 15. November 410 Mk. betrage. In der Diskussion wurde von einem Redner eine Resolution eingebracht, die das Abkommen ablehnt und sofortige erneute Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen verlangt. Von anderen Rednern wurde die Annahme des Abkommens befürwortet. Schließlich wurde mit großer Mehrheit eine Resolution A. W. Schmidt angenommen, welche besagt, daß die Berliner Buchdrucker mit dem Resultat des Abkommens nicht zufrieden sind, aber unter den jetzigen Verhältnissen demselben zustimmen. Der Gauvorstand wird aber beauftragt, Ende Oktober eine neue Generalversammlung einzuberufen, damit in dieser eventuell neue Lohnforderungen gestellt werden können.

Die Funktionärerversammlung der graphischen Hilfsarbeiter nahm am Dienstag im Gewerkschaftshaus den Bericht über die Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe entgegen. Glöck gab den Bericht. Es ist nicht gelungen, für die Hilfsarbeiter die Prozentberechnung abzuschaffen oder zu verändern. Nach wie vor ist die Gestaltung der Buchdruckerlöhne maßgebend für die Bezüge der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Da nun unter Wegfall der Wirtschaftshilfe den Berliner Buchdruckern eine Wochenzulage von 75 M. ab 1. Oktober und eine weitere Zulage von 25 M. ab 15. November zugesandt wurde, so ist das grundlegend auch für die neuen Löhne der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Die Hilfsarbeiter erhalten 55 Proz., die Anlegerinnen 55 Proz. und die sonstigen Arbeiterinnen 50 Proz. der Gehilfenlöhne. Für Jugendliche finden örtliche Festsetzungen statt. Glöck gab eine Uebersicht über die geldliche Auswirkung der Abmachungen für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. — Die Gauvorsteher haben die Abmachungen angenommen, und Redner glaubt, auch den versammelten Funktionären die Zustimmung empfehlen zu können. — In Berlin kommen vom 15. November ab verheiratete Hilfsarbeiter über 24 Jahre im Minimum auf wöchentlich 348,85 M., ledige Hilfsarbeiter über 24 Jahre auf 340,85 M., Anlegerinnen auf 246,45 M., Hilfsarbeiterinnen über 24 Jahre auf 220,25 M. Im übrigen finden die entsprechenden Abmachungen statt. Eine gedruckte Zusammenstellung für die beteiligte Arbeitererschaft, die die Löhne ab 1. Oktober und ab 15. November enthält, wird alsbald herauskommen.

In der lebhaften Diskussion wurde u. a. angeregt, der Vorstand solle in Spezialverhandlungen versuchen, einen Ausgleich zwischen den Löhnen der jugendlichen Arbeiter und denen der Anlegerinnen zugunsten der letzteren herbeizuführen. Glöck sagte namens des Vorstandes zu, daß danach verfahren werden würde. Die Versammlung stimmte gegen wenige Stimmen dem Abkommen zu.

Die Esfurter Buchdrucker beschlossen in einer stark besuchten Versammlung, die Berliner Einigungsbeschlüsse nicht anzuerkennen und gegen sie in einem Telegramm zu protestieren. In der Versammlung kam der Streikwille zu starkem Ausdruck.

Die Lohnbewegung der Kutscher und Mithfahrer ist nach zweiwöchigem Streik erfolgreich beendet. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Die Beschäftigungszeit der Kutscher und Mithfahrer beträgt 48 Wochenstunden netto. Die Kutscher und Mithfahrer erhalten einen Wochenlohn von brutto 400 M. Für die außerhalb der regelmäßigen Beschäftigungsdauer zu leistende Pferdepflege von 12 Wochenstunden erhalten Kutscher und Mithfahrer je 50 M. Ueberstunden werden mit 8,50 M. bezahlt. — Pferdepflege am Sonntag vormittag bzw. nachmittag wird an die damit beschäftigten Personen mit je 5 M. bezahlt. — Im übrigen gelten die Bestimmungen des Tarifvertrages für das Lastfuhrergewerbe. — Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeit wird am 23. September wieder aufgenommen.

Das bisherige Arbeitserhältnis wird durch den Streik nicht unterbrochen.

Büffel erstattete in einer Branchenversammlung Bericht über die Verhandlung und empfahl, diese Vereinbarung anzunehmen. Nach einer kurzen Aussprache erklärten sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Redners einverstanden und wurde die Arbeit am 23. September wieder aufgenommen.

Durch diese Vereinbarung ist die 48stündige Wochenarbeitszeit auch in dieser Branche festgelegt und eine Lohnerrhöhung von 175 M. pro Woche erzielt. Es liegt nun an den Kollegen, daß diese Vereinbarungen auch beachtet und eingehalten werden.

**Aufgehobener Boykott!** Nachdem die G. m. b. H. Schloßpark Steglitz sowie die Direktion des Schloßparktheaters ihre Theateräle der organisierten Arbeitererschaft bei allen Partei- und Gewerkschaftsfestlichkeiten zur Verfügung stellt, hebt die Gewerkschaftsunterkommission des 12. Bezirks infolge dieser Vereinbarung den Boykott mit dem heutigen Tage auf.

Für allgemein verbindlich erklärt ist laut Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 15. September der Nachtrag vom 4. Juni 1921 zum Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Gut-Einzelhandel Groß-Berlin. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1921. Wir fordern die Kollegen, welche nicht nach den tariflichen Vorschriften entlohnt werden, auf, sich in unserem Bureau zu melden, damit wir die künftigen Arbeitgeber veranlassen können, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe, Velle-Alliance-Str. 7/10.

**Achtung, Angestellte der Metallindustrie!** Donnerstag abend 7 Uhr findet im „Rufiter-Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, eine Versammlung der Afa-Funktionäre der Metallindustrie statt. Es wird Bericht erstattet über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. Dem Verband Berliner Metallindustrieller sind zu einem Teil neugestaltete Forderungen überreicht worden, die eventuell eine weitere Verhandlungsgrundlage bilden können.

Es muß erwartet werden, daß jeder Afa-Funktionär der Metallindustrie — Handlungsgehilfe, Bureauangestellte, Techniker und Werkmeister — in dieser Versammlung anwesend ist, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Afa-Bund, Ortsstelle Groß-Berlin.

**Zum Streik in Nordfrankreich.** Das Streikkomitee von Roubaix und Tourcoing, das die Fortschaffung der Kinder der Streikenden vorbereitet, richtete einen Aufruf an die Sekretäre der Ortsverbände aller Departements, in dem diese aufgefordert werden, die Kinder in den Arbeiterfamilien ihrer Gegend aufzunehmen.

Die Eisenbahner in Nordamerika beendeten durch die ersten Ergebnisse ihrer Abstimmung, daß sich eine Mehrheit für den Streik ergibt, falls die Eisenbahngesellschaften ihren Beschluß aufrechterhalten, die Löhne herabzudrücken.

**Transportarbeiter-Verband.** Glas- und Teppichreinigungsbranche. Donnerstag nachmittag 4 Uhr Heinrichs Festhalle, Große Frankfurter Str. 30, großer Saal, Branchenversammlung. Bericht der Lohnkommission und Beschlußfassung. — Chemische Branche (Gruppe K, Chirurgie). Gruppenversammlung Freitag abend 6 Uhr bei Florian, Siegelstr. 31.

**Zentralverband der Kaufmännischen und Seiler.** Versammlung aller in den Märktischen Elektrizitätswerken beschäftigten Kollegen am Donnerstag 6 Uhr im Schultheiß, Alte Jakobstr. 23, letztes Angebot der Arbeitgeber. — Donnerstag 6 1/2 Uhr im Hotel von Balesch, Reuterstr. 10, 1. Hof, Nordische, Versammlung aller im Handel beschäftigten Kollegen. — Freitag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 4, großer Saal, Seilbindereiverammlung, Mitgliedsbeitrag. Wahlen zum Bezirksleiterat bei der SPD. und zum Zentralbetriebsrat beim AFA. Verhandlungsbericht betr. Massenentlassungen.

**Verband der Gärtner- und Gärtnerarbeiten.** Freitag abend 7 Uhr im Schultheiß, Alte Jakobstr. 23, Gruppe Gemeindegärtner, Branchenversammlung für Groß-Berlin.

**Verkehrsband.** Abt. Post-, Fernsprech- und Telegraphenpersonal im DFD. Bezirk Berlin. Donnerstag abend 7 Uhr im Fahrenhof, Hildesheimer Str. 3-5, großer Saal, öffentliche Versammlung der Beamten und Diener der Reichspost- und Telegraphenverwaltung vom gesamten DFD-Bereich. — Der 11. Parteitag und die Leichen aus der letzten Gewerkschaftsbewegung. — Freitag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 4, großer Saal, Seilbindereiverammlung, Mitgliedsbeitrag. Wahlen zum Bezirksleiterat bei der SPD. und zum Zentralbetriebsrat beim AFA. Verhandlungsbericht betr. Massenentlassungen.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Donnerstag 6 Uhr Mitgliedsversammlungen für die sechs Berliner Bezirke. Tagesordnung: 1. Wahl der Bezirksleitung. 2. Bericht des. Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches. Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt: 1. Verwaltungsbezirk Havelandts Festhalle, Neue Friedrichstr. 35. — 2. Verwaltungsbezirk Moabit Festhalle, Neue Friedrichstr. 24. — 3. Verwaltungsbezirk Krieger-Vereinshaus, Chausseest. 94. — 4. Verwaltungsbezirk Südliche, Neue Adnistr. 26. — 5. Verwaltungsbezirk Rönigsbühl, Große Frankfurter Str. 117. — 6. Verwaltungsbezirk Märktischer Hof, Amalistr. 18. Die Dissoziation.

**Zentralverband der Angestellten.** Funktionäre im Einzelhandel. Freitag 7 1/2 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25. Stand der Lohnbewegung.

Secantio, für den teill. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: 23. Markt, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Lindenstr. 2. Hierzu 1 Beilage.



## 50 Glyzoran-Fahrscheine

= 1 Dose gratis!

**Die Nachmittagsunterhaltungen** im Kaffee Zielka  
Friedrichstr. 99/60, Ecke Leipziger Straße, haben nunmehr wieder ihren Anlauf genommen und ihre bewährte Anziehungskraft auf das Publikum ausgeübt. Besonders erzielen die originellen und phantastischen Tanavorführungen sowie die sehr lustigen, witzigen Vorträge außerordentlich starken Beifall. Der Eintritt ist frei. Beginn 4 1/2 Uhr.

